

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK

DIE ZEIT DRÄNGT

HÖCHSTE ZEIT FÜR DATENSCHUTZ

IM AMT

DIE NEUE
LANDESREGIERUNG

JUBILÄUM

70 JAHRE ÖSTERREICHISCHER
GEMEINDEBUND



IM DIGITALEN WANDEL PERSÖNLICH VERNETZEN

KOMMUNALMESSE | 8
www.diekommunalmesse.at 20

Die innovative Fachmesse für die kommunale Welt

27./28. SEPTEMBER 2018 | MESSE DORNBIRN

In Kooperation mit dem 65. Österreichischen Gemeindetag



POLITIK



- 04 BEIM **DATENSCHUTZ** IST ES HÖCHSTE ZEIT ZU HANDELN
- 06 DIE KOMPETENZVERTEILUNG IN DER NEUEN **LANDESREGIERUNG**
- 10 FESTVERANSTALTUNG **70 JAHRE ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND**

RECHT & VERWALTUNG



- 22 **NEUE MELDEPFLICHTEN** DURCH DAS WIRTSCHAFTLICHE EIGENTÜMER REGISTERGESETZ
- 23 DIE **MESSIE-PROBLEMATIK** AUS RECHTLICHER SICHT – TEIL 2 DER SERIE

KOMMUNALINFO

- 24 ERFOLGREICHE **CHANGE-PROZESSE** IM ÖFFENTLICHEN BEREICH

START IN EINE **NEUE ÄRA**

Mit der konstituierenden Sitzung am 22. März hat der NÖ Landtag seine Arbeitsperiode für die kommenden fünf Jahre gestartet. Angeführt von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner stehen uns die Mitglieder der Landesregierung aus den eigenen Reihen mit LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf, Landesrat Ludwig Schleritzko, Landesrätin Petra Bohuslav sowie den neuen Mitgliedern Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister und Landesrat Martin Eichtinger in bewährter Partnerschaft zur Seite. Und schon jetzt ist klar, dass sich unsere Landeshauptfrau mit der Medienfachfrau und jetzigen Soziallandesrätin sowie dem ehemaligen Botschafter und jetzigen Wohnbaulandesrat zwei absolute Fachleute ins Team geholt hat.

Hinsichtlich der künftigen Regierungsarbeit und der Zusammenarbeit mit SP und FP, hat sich Johanna Mikl-Leitner in ihrer Antrittsrede dafür ausgesprochen, das neue Regierungsteam und die Regierungsarbeit mit ihrem gelebten Stil des „Miteinanders für Niederösterreich“ lenken und gestalten zu wollen. Und damit ist sie sicher gut beraten. Denn die Bürger wünschen sich konstruktive Sacharbeit für das Land und keinen Streit und Stillstand.

Klarstellung in der Datenschutzverordnung rasch notwendig

Konstruktives und rasches Handeln ist auch in der Datenschutzgrundverordnung gefragt: Die FH Hagenberg hat für die Gemeinden mit dem Datenschutz-Praxisleitfaden eine wichtige Grundlage für die Kommunen geschaffen, um diese in die Praxis umzusetzen.

Dennoch gibt es noch viele offene Fragen, die von den übergeordneten Stellen derzeit nicht beantwortet werden (siehe dazu den Artikel auf Seite 4). Wir haben bereits April und im Mai gilt das neue Datenschutzgesetz. Deswegen brauchen wir hier schnellstens Antworten. Die Gemeinden, die viele Daten auch in der Vergangenheit schon mit höchstem Verantwortungsbewusstsein verarbeitet haben, müssen nun die umfangreichen Vorschriften der Datenschutzgrundverordnung umsetzen. Dafür ist Klarheit unerlässlich.

BGM. MAG. ALFRED RIEDL, PRÄSIDENT

DIE ZEIT DRÄNGT

BEIM DATENSCHUTZ IST ES HÖCHSTE ZEIT ZU HANDELN

Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bringt nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Gemeinden strengere Regeln bei der Verarbeitung personenbezogener Daten. So muss etwa von jeder Gemeinde ein Datenschutzbeauftragter benannt werden. Weiters ist nun ein Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten zu führen, und die Rechte der Betroffenen – also der Bürgerinnen und Bürger, deren Daten genutzt werden – werden gestärkt.

LEITFADEN SOLL GEMEINDEN HILFESTELLUNG GEBEN

Die Fachhochschule Oberösterreich in Hagenberg hat einen Leitfaden erarbeitet, der Gemeinden bei der Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben Unterstützung bietet. Die Unterlagen stehen Gemeinden auf Kommunalnet.at kostenlos zur Verfügung.

FRAGEN ZUM DATENSCHUTZBEAUFTRAGTEN OFFEN

Trotz des Vorliegens dieses Arbeitsbehelfs gibt es auch noch viele offene Fragen, die von den übergeordneten Stellen derzeit nicht beantwortet werden. „So ist es zwar zulässig, dass der Datenschutzbeauftragte ein Bediensteter der Gemeinde ist, da er aber die Pflichten und Aufgaben in vollständiger Unabhängigkeit ausüben können muss, stellt sich die Frage unter welchen Umständen das überhaupt und vor allem in kleineren Gemeinden mit wenigen Mitarbeitern denkbar ist“, kritisiert Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl. In einigen Bundesländern übernehmen Mitarbeiter der lokalen Gemdats die Funktion des Datenschutzbeauftragten, eine einheitliche Lösung gibt es jedoch nicht.

KLARSTELLUNG ÜBER ÖFFENTLICHE STELLEN FEHLT

Ebenso fehlt nach wie vor eine Klarstellung bzw. Definition, was eine öffentliche Stelle im Sinn der EU-Verordnung ist, schließlich sind

FOTO: SHUTTERSTOCK: MATHIAS ROSENTHAL



öffentliche Stellen verpflichtet, einen Datenschutzbeauftragten zu benennen.

Muss beispielsweise ein gemeindeeigenes Abfallunternehmen, das ausschließlich privatwirtschaftlich tätig ist, auch einen Datenschutzbeauftragten haben oder nicht? Riedl: „Hier gehen die Meinungen weit auseinander, die Gemeinden brauchen jedoch Rechtssicherheit.“

Ausständig sind zudem noch Verordnungen (Listen), aus denen hervorgeht, für welche Datenverarbeitungsvorgänge eine Datenschutz-Folgenabschätzung erforderlich ist und für welche nicht.

„Im Mai muss das umgesetzt sein. Daher brauchen wir schnellstens Antworten. Wir handeln nach bestem Wissen und Gewissen und wollen Unklarheiten für die Gemeinden vermeiden“, so Riedl.

„DIE GEMEINDE MUSS WISSEN
DATEN DER BÜRGERINNE



AM 25. MAI TRITT IN DER GESAMTEN EU DIE DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG IN GELTUNG. VIELE FRAGEN SIND ABER NOCH IMMER OFFEN.

VON HELMUT REINDL



SEN, WAS SIE MIT DEN
N UND BÜRGER TUT.“

ROBERT KOLMHOFER
LEITER DES
DEPARTMENTS SICHERE
INFORMATIONSSYSTEME
AN DER FH OÖ IN
HAGENBERG

IN ZUKUNFT MUSS MAN VORSICHTIG SEIN

„Es muss uns klar sein, dass der Datenschutz ein ureigenstes Recht der Menschen ist“, sagt Reinhard Haider, Amtsleiter in der oberösterreichischen Gemeinde Kremsmünster, die für das Projekt der FH Hagenberg unter die Lupe genommen wurde. Haider: „In Zukunft gibt es keine Datenweitergabe in Form von Jahrgangslisten an den Sportverein und keine Übernahme von Mail-Adressen der Buchhaltung in die Newsletterdatei.“ Es geht nicht mehr, dass man ohne vorhergehende Zustimmung Newsletter verschickt. Und man kann auch nicht vorher einfach eine E-Mail schicken und fragen, ob die Person Interesse an dem Newsletter hat.

Verboten ist zukünftig auch, im Kindergarten eine Liste aufzuhängen, aus der ersichtlich ist, welche Kinder Lebensmittelunverträglichkeiten haben. „Das sind Gesundheitsdaten, die streng geschützt sind. Da kann es Verwaltungsstrafen oder gar zivilrechtliche Klagen gegen die Gemeinde geben“, stellt FH-Professor Robert Kolmhofer, der für die Erstellung des Leitfadens verantwortlich war, klar.

WAS TUN, WENN MAN NOCH NICHTS GEMACHT HAT?

Gemeinden, die sich bis jetzt mit dem Thema noch wenig beschäftigt haben, rät Kolmhofer unbedingt das Self-Assessment machen, um beurteilen zu können, ob sie das Musterverarbeitungsverzeichnis eins zu eins übernehmen können oder ob sie es adaptieren müssen.

Wenn das Musterverarbeitungsverzeichnis zum Großteil passt, dann sollte man es einmal übernehmen und bei Punkten, die geändert werden müssen, nacharbeiten.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Betroffenenrechte. Kolmhofer: „Wenn ab 25. Mai jemand wissen will, welche Daten über ihn gespeichert sind, dann muss die Gemeinde darüber Auskunft geben können. Die Gemeinde muss wissen, was sie mit den Daten der Bürgerinnen und Bürger tut.“ ■■

ARBEITSBEHELFE

LEITFADEN AUF KOMMUNALNET.AT

Im Auftrag von Gemeindebund und Städtebund und mit Unterstützung des Bundeskanzleramtes hat die Fachhochschule Oberösterreich Arbeitsbehelfe erarbeitet, die es den Gemeinden ermöglichen, in strukturierten Schritten, die für die Umsetzung von Datenschutzmaßnahmen erforderlichen Maßnahmen umzusetzen und damit die Vorgaben des neuen Datenschutzrechts zu erfüllen.

- ▶ Kern des Projektes ist der **Self-Assessment-Fragebogen** mitsamt bereits vorgefertigtem Verarbeitungsverzeichnis (Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten). Der Fragebogen dient in erster Linie dazu, ermitteln zu können, ob die verfügbaren Musterdokumente zur Umsetzung der neuen Datenschutzbestimmungen inkl. Verarbeitungsverzeichnis angewendet werden können oder ob Ergänzungen erforderlich sind.
- ▶ Darüber hinaus hat die FH OÖ einen **Leitfaden „Betroffenenrechte“** erstellt, der Anleitungen gibt um die Pflichten gegenüber den Betroffenen zu erfüllen (Prozessbeschreibung über Auskunft, Berichtigung, Löschung etc.).
- ▶ Abschließender Bestandteil der Arbeitsbehelfe ist ein **DSGVO-Schulungskonzept**, das Empfehlungen für die Entwicklung von Schulungsprogrammen enthält.

Für Gemeinden ist der komplette Leitfaden auf der kommunalen Arbeitsplattform Kommunalnet.at im Login-Bereich bereitgestellt.

LANDTAG

DER NÖ LANDTAG HAT SICH KONSTITUIERT

JOHANNA MIKL-LEITNER WURDE ALS LANDESHAUPTFRAU WIEDERGEWÄHLT.
KLAUS SCHNEEBERGER GEHT IN SEINE FÜNFTE PERIODE ALS VPNÖ-KLUBOBMANN.

Am 22. März trat der Niederösterreichische Landtag zur konstituierenden Sitzung der XIX. Gesetzgebungsperiode zusammen. Dabei wurde der bisherige Landesrat Karl Wilfing von den 56 Abgeordneten zum Präsidenten und Gerhard Karner zum zweiten Präsidenten des Landtages gewählt. Beim scheidenden Präsidenten Hans Penz bedankte sich Klubobmann Klaus Schneeberger für seine „hervorragende Tätigkeit, die dieser Funktion einen ganz besonderen Stellenwert gegeben hat.“ Dem neuen Landtagspräsidenten wünschte der Klubobmann viel Erfolg für seine Arbeit, wobei er überzeugt sei, dass dieser als erfahrener Parlamentarier den Anforderungen des Amtes gerecht werde.

GROSSES VERTRAUEN DES LANDTAGES FÜR JOHANNA MIKL-LEITNER

Der Landeshauptfrau gratulierte Schneeberger zum eindeutigen Votum des Landtages, der

„JOHANNA MIKL-LEITNER HAT IN KÜRZESTER ZEIT DIE HERZEN UNSERER LANDSLEUTE EROBERT.“

VP-KLUBOBMANN
KLAUS SCHNEEBERGER

sie mit 53 von 56 Stimmen wiederwählte. Der Klubobmann erinnerte in seiner Rede im Landtag dabei auch an ihren Werdegang und die Erfolge ihrer noch jungen Amtszeit: „Am 19. April des Vorjahres übergab der Architekt des neuen Niederösterreichs, Erwin Pröll, mit breiter Zustimmung des Landtages die Hauptverantwortung für unser Bundesland an Johanna Mikl-Leitner. Seither hat sie diese Aufgabe mit ihrer persönlichen Handschrift gemeistert und im Miteinander Akzente gesetzt – von der Aufwertung von Minderheitenrechten im Landtag bis zu Dezentralisierungsvorhaben. Insbesondere hat Johanna Mikl-Leitner aber auch in kürzester Zeit die Herzen der Landsleute erobert und mit der absoluten Mehrheit bei der Landtagswahl das schier Unmögliche erreicht.“

KLAUS SCHNEEBERGER EINSTIMMIG ALS KLUBOBMANN WIEDERGEWÄHLT

Im Vorfeld der Konstituierung des Landtages wurde Klaus Schneeberger vom Landtagsklub der Volkspartei NÖ zum fünften Mal in Folge einstimmig zum Klubobmann gewählt. Schneeberger, der diese Funktion seit 17. Februar 2000 ausübt, ist damit nicht nur der derzeit längstdienende Klubobmann in der Geschichte Niederösterreichs, sondern auch österreichweit. „Ich möchte mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen für diesen erneuten Vertrauensbeweis bedanken. Denn er ist nicht selbstverständlich“, so Schneeberger. Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner betonte: „Mit Klaus Schneeberger verbindet mich nicht nur eine langjährige politische Zusammenarbeit, sondern auch eine persönliche Freundschaft. Ich kenne und schätze seine Erfahrung, Professionalität und insbesondere sein Verhandlungsgeschick. Diese Fähigkeiten sind es, die ihn zur richtigen Person für diese Aufgabe machen.“ ■■■



Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Klubobmann Klaus Schneeberger setzen auf das Miteinander aller Fraktionen im Landtag.

EVN LICHTSERVICE

KOMPLETTPAKET FÜR DIE BELEUCHTUNG

MIT DEM EVN LICHTSERVICE LAGERN SIE BETRIEB, WARTUNG UND INSTANDHALTUNG DER ÖFFENTLICHEN BELEUCHTUNGSANLAGEN VOLLSTÄNDIG AN DIE EVN AUS.

Mit dem EVN Lichtservice geben Sie die Verantwortung für Ihre Beleuchtungsanlage – auch gegenüber den Behörden – zu 100 Prozent ab.

Der Verantwortungsbereich der EVN beginnt beim Zugangspunkt zum Niederspannungsnetz und endet mit dem Erreichen und Sicherstellen der geforderten Beleuchtungsqualität.

IHRE VORTEILE

1. Volle Verantwortung zum Fixpreis

Im Rahmen von Lichtserviceverträgen garantiert die EVN die Funktionalität der gesamten Anlage zu pauschalen Preisansätzen. Die EVN übernimmt also nicht nur die volle technische Verantwortung, sondern trägt auch das gesamte wirtschaftliche Risiko. Das erleichtert die Budgetierung und sichert Ihrer Gemeinde Kostensicherheit.

2. Individuelle Planung und Mitsprache

Lichtservice-Pakete werden individuell und punktgenau auf den jeweiligen Bedarf der Gemeinden zugeschnitten. Selbstverständlich haben Sie als Gemeinde dabei ein vertraglich gesichertes Mitspracherecht, insbesondere bei der Koordination von Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen, der Auswahl der Leuchten sowie bei Fragen der Ortsbildgestaltung.

3. Regionale Wertschöpfung

Bei Ausbau, Sanierung und laufender Betriebsführung erfolgen alle durch EVN nicht selbst erbrachten Leistungen bevorzugt in Kooperation mit Unternehmen aus der Region. Das sichert Arbeitsplätze und ein Höchstmaß an regionaler Wertschöpfung.

Weitere Informationen erhalten Sie von Ihrem regionalen EVN Kundenbetreuer oder unter lichtservice@evn.at.



Die EVN bietet eine Beleuchtungslösung, die hocheffizient, flexibel und auf dem neuesten Stand der Technik ist.

MODERNSTE LED-TECHNOLOGIE FÜR IHRE GEMEINDE!

Wollen Sie in Ihrer Gemeinde Straßenleuchten, die sowohl Energie sparen, als auch über eine lange Lebensdauer verfügen? Suchen Sie nach einer Beleuchtungslösung, die flexibel und am neuesten Stand der Technik ist?

Dann setzen Sie auf die EVN LED-Leuchten – modernste LED-Technik für Ihre Gemeinde! Die EVN bietet Ihnen eine Beleuchtungslösung, die

- ▶ hocheffizient,
- ▶ flexibel und
- ▶ auf dem neuesten Stand der Technik ist.

IHRE VORTEILE

- ▶ Hochwertige LED-Leuchten in gewohnter EVN Qualität – mit höchster Farbwiedergabe, optimaler Lichtlenkung und garantierter Ersatzteilversorgung
- ▶ Umfassendes Komplettangebot inkl. Montage, Altmaterial-Entsorgung, Überprüfungsprotokoll
- ▶ regionale Wertschöpfung durch Zusammenarbeit mit lokalen Partnerunternehmen
- ▶ beste Umweltverträglichkeit

Mit der modernen LED-Technik der EVN Leuchten sparen Sie Ihrer Gemeinde nicht nur viel Geld, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zu mehr Sicherheit und Umweltschutz.



KONTAKTIEREN SIE JETZT DIE EVN

- ☎ 0800 800 100
- ✉ lichtservice@evn.at
- 🌐 facebook.com/evn und twitter.com/evnergy

KÖPFE

DIE NEUE LANDESREGIERUNG

DIE VERTEILUNG DER KOMPETENZEN IM ÜBERBLICK

JOHANNA MIKL-LEITNER (ÖVP)



Verwaltungsorganisation, Personalangelegenheiten, Verwaltung landeseigener Bauten, Gemeindeförderung gemeinsam mit LH-Stv. Schnabl, Musikschulen, Bedarfszuweisungen für Gemeinden, Baudienst, Staatsbürgerschaftsangelegenheiten, Wahlen, Dorf- und Stadterneuerung, Raumordnungsmaßnahmen

STEPHAN PERNKOPF (ÖVP)



Energie, Landwirtschaft, Umweltschutz, Naturschutz, Bodenschutz, Krankenanstalten, Feuerwehren, Wasserwirtschaft, Veterinärangelegenheiten, Raumordnung, Nationalparks, Zivile Landesverteidigung, Lawinenwarndienst

FRANZ SCHNABL (SPÖ)



Gemeindeangelegenheiten für Gemeinden mit einem SP-Bürgermeister, Baurecht, Siedlungsangelegenheiten, Konsumentenschutzgesetz, Wasserrecht, Straßenpolizei, Kraftfahr- und Verkehrswesen, Luftfahrt, Normenwesen, Vermessungsangelegenheiten

PETRA BOHUSLAV (ÖVP)



Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung, Tourismus, Verwaltung der Anteile des Landes in Gesellschaften, die der Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Technologie sowie dem Tourismus dienen, Wirtschaftsagentur ecoplus, Sport, Schischulen, Bergführer

MARTIN EICHTINGER (ÖVP)



Förderung von Wohnbauten, Althausanierung, Ökologisierung von Gärten, Förderungen im Arbeitnehmerbereich, Koordinierung von regionalen Initiativen, Leader- und Kleinregionen, Genehmigung des Voranschlages und Rechnungsabschlusses des NÖGUS, Spielautomaten

ULRIKE KÖNIGSBERGER-LUDWIG (SPÖ)



Gesundheitswesen, Rettungswesen, soziale Verwaltung, Opferfürsorge, Kinder- und Jugendhilfe, Bekämpfung von Diskriminierung, Gleichstellung, Ausländerbeschäftigung, Rechtliche Angelegenheiten des Strahlenschutzes

LUDWIG SCHLERITZKO (ÖVP)



Finanzangelegenheiten einschließlich der Verwaltung des Landesvermögens sowie Angelegenheiten der HYPO NOE Landesbank, Gemeindeangelegenheiten, Bauwirtschaft, Gesamtverkehrsangelegenheiten Planung, Bau und Erhaltung von Straßen, Stiftungsverwaltung, EU-Finanzkontrolle, Erwachsenenbildung

CHRISTIANE TESCHL-HOFMEISTER (ÖVP)



Errichtung und Erhaltung von Schulen, Bildungsdirektion, NÖ Schul- und Kindergartenfonds, NÖ Kinderbetreuungsgesetz, Kindergartenangelegenheiten, Frauen, Sozialhilfe, Verwaltungsangelegenheiten des Mietrechts, NÖ Jugendgesetz

GOTTFRIED WALDHÄUSL (FPÖ)



NÖ Mindestsicherungsgesetz, Flüchtlingsangelegenheiten mit Ausnahme der Flüchtlingsbetreuung im Rahmen der Sozialhilfe, Grundversorgung, Koordination der Integrationsangelegenheiten, Tierschutz, Gemeindegewachen, Veranstaltungswesen, Gemeindeärzte

NÖ LANDESKLINIKEN-HOLDING

NO PHOTO! HINWEIS- PLAKATE IN DEN NÖ KLINIKEN

DURCH DIE HANDYKAMERAS IST ES SEHR EINFACH GEWORDEN, RASCH UND ÜBERALL ZU FOTOGRAFIEREN. MEIST WERDEN DIESE BILDER DANN IN DEN SOZIALEN MEDIEN GEPOSTET.

Dem Missbrauch – also der Verletzung der Persönlichkeitsrechte – ist damit ganz massiv Tür und Tor geöffnet worden. Das Thema betrifft viele Organisationen, wie z. B. auch die Rettungsdienste bei deren Einsätzen. Um die Rettungskräfte und Unfall-opfer künftig besser vor den Handykameras abzuschirmen, testet man jetzt mobile Faltwände.

Dieses Phänomen betrifft aber nicht nur die Einsatzkräfte der Blaulichtorganisationen, sondern auch die Spitäler. In den letzten Monaten gab es auch bei der NÖ Landeskliniken-Holding zunehmend Beschwerden von MitarbeiterInnen und PatientInnen, dass sie im Klinikum ohne Einverständnis fotografiert oder gefilmt wurden.

Die Spannweite der Beschwerden ist sehr breit: vom Filmen der medizinischen und pflegerischen Versorgung inklusive des behandelnden Personals bis zum ungenierten Fotografieren anderer Patienten.

KLINIKUM IST EIN SENSIBLER ORT

Ein Klinikum ist ein besonders sensibler Ort und unterliegt besonderen rechtlichen Bestimmungen. Der NÖ Landeskliniken-Holding sind vor allem das Recht der Privatsphäre der PatientInnen und MitarbeiterInnen und der respektvolle Umgang miteinander sehr wichtig. Dies betrifft folglich auch das Fotografieren und Filmen.

Um auf das bestehende Fotografierverbot in der Hausordnung hinzuweisen, hat sich die Landeskliniken-Holding jetzt entschlossen, ab sofort in allen Klinikstandorten entsprechende Plakate aufzuhängen.

Die Kliniken appellieren dringend an die Vernunft, die Handykamera stecken zu lassen. Damit werden Einsätze behindert und die Privatsphäre von Patienten und Mitarbeitern verletzt. ■■



Das Klinikum ist ein besonders sensibler Ort und unterliegt besonderen rechtlichen Bestimmungen.

Uns ist vor allem das Recht der Privatsphäre unserer PatientInnen und MitarbeiterInnen sehr wichtig. Dies betrifft folglich auch das Fotografieren und Filmen.

Daher dürfen nur Personen fotografiert oder gefilmt werden, die ausdrücklich zugestimmt haben und damit einverstanden sind.

Das Filmen und Fotografieren von Klinikeinrichtungen und Räumlichkeiten ist nur mit Genehmigung der Klinikleitung erlaubt. Namens der PatientInnen und MitarbeiterInnen danken wir Ihnen für Ihren Beitrag zum Schutz der Privatsphäre.

Danke!

Landeskliniken-Holding 
IHRE GESUNDHEIT. UNSER ZIEL.

„ICH APPELLIERE DRINGEND AN DIE VERNUNFT,
DIE HANDYKAMERA STECKEN ZU LASSEN.“

LH-STELLVERTRETER STEPHAN PERNKOPF

KARRIERE

„ES BEGEISTERT MICH, WAS GEMEINDEN LEISTEN“

DIE FRÜHERE ORF-JOURNALISTIN CHRISTIANE TESCHL-HOFMEISTER IST NEUE BILDUNGS- LANDES RÄTIN

Als Landesrätin für Soziales, Familien, Bildung und Jugend haben Sie eine enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Was verbinden Sie persönlich mit den NÖ Gemeinden?

Die Gemeinden sind, gerade in meinem Zuständigkeitsbereich, wertvolle Partner. Die gute Kooperation zwischen dem Land und den Kommunen ist mir besonders wichtig. Eine starke Partnerschaft hilft bei der Lösung von neuen Herausforderungen und bei der Schaffung von Angeboten. Davon profitieren die Bürgerinnen und Bürger. Persönlich bewundere ich die tolle Arbeit, die in den Gemeinden geleistet wird. Vom Miteinander von politischen Entscheidungsträgern, Vereinen, Bürgerinnen und Bürgern kann man sich vieles abschauen. Es begeistert mich immer wieder, was für tolle Projekte und Initiativen Gemeinden entwickeln und wie sie gemeinsam im Ortsverband Beeindruckendes entstehen lassen.

Die Kinderbetreuung ist eines der zentralen Themen Ihres Ressorts. Als Mutter zweier kleiner Kinder sind sie aber auch im privaten Bereich mit Kinderbetreuung konfrontiert - wie gut ist Niederösterreich in dem Bereich aufgestellt und wo gibt es Handlungsbedarf?

Niederösterreich ist in vielen Bereichen der Kinderbetreuung vorbildlich, das zeigen die 1.050 Landeskindergärten in den Gemeinden auf eindrucksvolle Weise. Auch bei der Öffnung der Kindergärten für Zweieinhalbjährige hat Niederösterreich einen Meilenstein gesetzt. Unser familienpolitisches Ziel in Niederösterreich ist, alle Familien, und zwar in der ganzen Vielfalt, wie wir sie heute erleben, zu erreichen und zu begleiten. Daher wissen wir auch, wo für unsere Eltern noch zusätzlicher Bedarf besteht - nämlich beim Betreuungsangebot für unsere Kleinsten. Mit dem Familienpaket Blau-Gelb wollen wir genau dort ansetzen und in den nächsten Jahren gemeinsam mit unseren Gemeinden



Christiane Teschl-Hofmeister: „Es begeistert mich immer wieder, was für tolle Projekte und Initiativen Gemeinden entwickeln und wie sie gemeinsam im Ortsverband Beeindruckendes entstehen lassen.“

„UNSER FAMILIEN- POLITISCHES ZIEL IST ES, ALLE FAMILIEN ZU ERREICHEN UND ZU BEGLEITEN.“



100 neue Kleinkindgruppen schaffen, damit es Familien in Zukunft noch leichter mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben.

Sie waren zuletzt beim ORF tätig - was können Sie aus Ihrer bisherigen Tätigkeit in Ihre neue Tätigkeit als Landesrätin mitnehmen?

Ich habe in meiner Zeit in Niederösterreich das Land intensiv kennengelernt und bereist, es aber vor allem von „außen“ beobachtet und seine rasante Entwicklung hautnah mitverfolgt. Als Journalistin und Chefredakteurin war es natürlich meine Aufgabe, auch das politische Geschehen im Bundesland ganz genau zu beleuchten und die Abläufe und Zusammenhänge kennen zu lernen. Jetzt ist es ein umso größerer Auftrag, dieses Land auch aktiv mitzugestalten und ich freue mich sehr darauf. ■■

GESUNDHEITSFÖRDERUNG

DIE »FITO FIT«-TOUR DER INITIATIVE »TUT GUT!«

HOLEN SIE SICH »FITO FIT« MIT RAHMENPROGRAMM IN IHRE »GESUNDE GEMEINDE«

Bis 15. Mai 2018 unter www.noetutgut.at/fito-fit-tour anmelden und einen Tag lang Kinder-Gesundheit gewinnen.

Voraussetzungen:

- ▶ Teilnahmerechtigt sind »Gesunde Gemeinden« in NÖ
- ▶ Mindesteinwohnerzahl von 3.000 oder Zusammenschluss mehrerer umliegender Gemeinden
- ▶ Veranstaltung eines Familiengesundheitstages bzw. sonst. Kinderveranstaltung
- ▶ Veranstaltungsdauer: mindestens fünf Stunden
- ▶ Drei Betreuungspersonen werden von der Gemeinde zur Verfügung gestellt
- ▶ Geplante nachhaltige Aktivitäten in der »Gesunde Gemeinde« zum



FOTO: INITIATIVE »TUT GUT!«

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Thema Kinder-Gesundheit

Die Gewinnergemeinden werden von der Initiative »Tut gut!« mit Bewerbungsvorlagen (Inserat, Plakat und

Auch die »Fito Fit«-Hüpfburg kommt mit der »Fito Fit«-Tour in Ihre Gemeinde.



Infos und Anmeldung
www.noetutgut.at/fito-fit-tour



»Fito Fit«-Tour



»Fito Fit« - die zentrale Leitfigur zum Thema Kinder-Gesundheit - ist unterwegs in Niederösterreichs Gemeinden. Holen Sie sich »Fito Fit« mit Rahmenprogramm auch in Ihre »Gesunde Gemeinde«!

»Fito Fit« ist auf Tour mit ...

- ... »Fito Fit« als lebensgroßes Maskottchen
- ... »Fito Fit«-Hüpfburg
- ... Moderation, Musik und Mitmachaktivitäten
- ... »Fito Fit«-Stand mit Kindermalecke, Buttonmaschine, Fotowand u. v. m.
- ... »Fito Fit«-Kinderparcours und Bewegungsstationen

Langeweile war gestern ...

Bewerben Sie sich jetzt und nehmen Sie an der Verlosung für einen der **5 »Fito Fit«-Tour-Termine** teil!

Anmeldung und alle Informationen unter www.noetutgut.at/fito-fit-tour



Anmeldeschluss ist der 15. Mai 2018

Infos zur »Fito Fit«-Tour finden Sie auf www.noetutgut.at/fito-fit-tour

WOHNBAU

„INTERNATIONALE NETZWERKE WERDEN WICHTIGER“

DER SPITZENDIPLOMAT MARTIN EICHTINGER IST NEUER WOHNBAU-LANDESRAT.

Von der Bundes- über die Welt- und Europapolitik führt Ihr Weg nun in die NÖ Landespolitik. Was reizt Sie an dieser Funktion?

Durch meine Stationen im Laufe meiner Karriere, in Politik, Privatwirtschaft und als Diplomat habe ich viele internationale Erfahrungen gesammelt und freue mich, dass ich diese jetzt für Niederösterreich nutzen kann. Zu Niederösterreich pflege ich schon sehr lange enge Beziehungen und das nicht zuletzt durch meine Tätigkeit als persönlicher Sekretär von Alois Mock.

Als Landesrat für Wohnen, Arbeit und internationale Beziehungen gibt es zahlreiche Berührungspunkte mit den Gemeinden. Welchen Schwerpunkt haben die Gemeinden bei Ihrer Tätigkeit?

Die 573 Gemeinden sind das Herzstück dieses Bundeslandes. Die traditionell starke Partnerschaft des Landes Niederösterreich mit seinen Gemeinden gilt es weiterhin zu forcieren. Denn nur durch das gemeinsame Miteinander aller Gemeinden ist Niederösterreich stark und gut aufgestellt. Ich möchte das Bewusstsein schaffen, dass die Gemeinden sich nicht nur zu Niederösterreich und Österreich zählen, sondern sich als Gemeinde Europas verstehen. Als wichtige kleine Einheit im großen Ganzen. Viele Gemeinden und Regionen kenne ich bereits und freue mich schon darauf, laufend neue zu entdecken.

Das Thema Wohnen ist ein zentraler Bereich Ihres Ressorts und auch der Gemeinden. Wie gut ist Niederösterreich hier aufgestellt und welche Wege will man hier vor allem in den Gemeinden gehen?

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, und doch hat jeder unterschiedliche Vorstellungen, wie er oder sie wohnen möchte. Das Land Niederösterreich bietet daher Unterstützung einerseits beim Hausbau oder einer Sanierung, andererseits aber auch bei der Anschaffung



Martin Eichtinger: „Ich möchte das Bewusstsein schaffen, dass die Gemeinden sich nicht nur zu Niederösterreich und Österreich zählen, sondern sich als Gemeinde Europas verstehen.“

„WOHNEN IST EIN GRUNDBEDÜRFNIS, UND DOCH HAT JEDER UNTERSCHIEDLICHE VORSTELLUNGEN, WIE ER ODER SIE WOHNEN MÖCHTE.“



einer geförderten Wohnung. Seit Herbst 2017 können auch die Gemeinden aktiv beitragen, Anreize im Wohnbau und in der Gartengestaltung zu setzen. Mit der Veranstaltung „Wohnen on Tour“ stehen Expertinnen und Experten von der NÖ Wohnungsförderung und von „Natur im Garten“ direkt vor Ort den Fragen der Gemeindebürgerinnen und -bürgern Rede und Antwort.

Zuletzt waren Sie als Botschafter in London tätig. Was können Sie aus Ihrer bisherigen Tätigkeit in Ihre künftige Funktion als Landesrat mitnehmen?

Vor allem im Bereich „Internationales“ kommen mir meine bisherigen Tätigkeiten bzw. Erfahrungen im Ausland besonders zugute. Ich werde diese Kontakte in Zukunft für Niederösterreich nutzen. Diese internationalen Netzwerke werden immer wichtiger und müssen ständig weiter ausgebaut werden, um Chancen für Niederösterreich zu eröffnen. Vom Studium internationaler Lösungen kann auch Niederösterreich profitieren. ■■

ALLES AUS EINER HAND

FORST & ENERGIE IM MASCHINENRING

IM BEREICH FORSTWIRTSCHAFT BIETET DER MASCHINENRING SÄMTLICHE LEISTUNGEN, VOM AUFFORSTUNGSPLAN BIS HIN ZUR VERMARKTUNG DES HOLZES.

Im Geschäftsbereich „Forst und Energie“ wird nachhaltiges Wirtschaften gelebt. Einerseits wird im Auftrag von Gemeinden und Forstbetrieben das Holz geerntet und in verschiedensten Sortimenten an die Holzindustrie und als Biomasse an die Energieversorger in Niederösterreich geliefert. Andererseits setzt der Maschinenring als Dienstleister bis zu 400.000 Bäume jährlich, pflegt diese Kulturen über viele Jahre in allen Entwicklungsphasen und schafft damit die Grundlage für eine nachhaltige Kreislaufbewirtschaftung im Forst. Die Wertschöpfung bleibt regional im ländlichen Raum.

HANDEL UND DIENSTLEISTUNG IM MASCHINENRING

Das professionelle Umsetzen von Forstdienstleistungen, wie das Setzen von Forstpflanzen, das Ausmähen und Pflegen der jungen Pflanzen, die Durchforstung der Waldbestände sowie die Ernte des Holzes – auch kurzfristig nach Windwürfen, Eisbrüchen, und anderen Naturereignissen – zählen zu den Kernkompetenzen des Maschinenring. Katastrophen- und Krisenmanagement (z.B., wie im Jahr 2017, massiver Borkenkäferbefall und Eschentriebsterben) sind die Stärken der MR-Förster.

Seit einigen Jahren wird den Gemeinden und Forstbetrieben auch Holzhandel angeboten, was nur durch ein großes Netzwerk an Holzhandelskunden möglich ist. Auch Verkehrssicherheit ist ein großes Thema: Der Maschinenring übernimmt im Auftrag von Gemeinden die Sicherung von Waldbeständen an Wanderwegen und Forststraßen.

AKTIVER KLIMASCHUTZ DURCH WALDHACKGUT

Wer umweltfreundlich Wärme produzieren will, kann ebenfalls auf den Maschinenring zurückgreifen: Er beliefert nicht nur Heizwerke sowie KWK-Anlagen mit Biomasse



FOTO: MASCHINENRING

Kernkompetenzen des Maschinenring: Aufforstung, Waldflächenbetreuung und -bewirtschaftung, bis hin zu Holzernte und Vermarktung.

„DIE FORMEN DER ZUSAMMENARBEIT REICHEN VOM EINZELAUFTRAG BIS ZU MEHRJÄHRIGEN WALDBETREUUNGSVERTRÄGEN.“



– er wartet sie auch. Heizwarte aus der Gegend sind bei Bedarf im Störfall schnell vor Ort. Der Maschinenring trägt mit seinem Engagement im Bereich des Biomassehandels mit Hackgut wesentlich zur CO₂-Einsparung in Niederösterreich bei. So werden jährlich rund 250.000 Raummeter Hackgut zur Wärme- und Stromerzeugung an diverse Kunden geliefert. Hackgut kann in verschiedensten Qualitäten nach europäischen Normen hergestellt werden, dadurch ist der Maschinenring in der Lage, für die unterschiedlichsten Biomasseanlagen das jeweils passende Hackgut zu liefern.

„Der Maschinenring ist im Bereich Forst ein echter Universaldienstleister. Unser Angebot wurde während der vergangenen Jahre so aufgebaut und weiterentwickelt, dass die MR-Förster in der Lage sind, langfristige Waldbewirtschaftungsverträge anzubieten“, zeigt sich DI Martin Schober, Bereichsleiter Forst und Energie im Maschinenring NÖ-Wien, zufrieden. ■■

☎ 059060-300
✉ service.noel@maschinenring.at
🌐 www.maschinenring.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

FESTVERANSTALTUNG

70 JAHRE ÖSTERREICHISCHER

VON FRANZ OSWALD

Mit den Politspitzen aus Bund, Ländern und Gemeinden beging der 1947 (die im Vorjahr geplante Feier musste wegen der Nationalratswahl auf heuer verschoben werden) gegründete Österreichische Gemeindebund im Palais Niederösterreich in Wien seinen 70er.

Die Wahl eines prominenten niederösterreichischen Veranstaltungsrahmens bringt nicht zuletzt den hohen Anteil Niederösterreichs an der Entwicklung des Gemeindebundes zum Ausdruck: Von den fünf bisherigen Präsidenten kommen drei - neben derzeit Alfred Riedl waren es Ferdinand Reiter und Franz Romeder - aus Niederösterreich, mit Robert Hink und jetzt Walter Leiss zwei von bisher vier Generalsekretären. Auch weitere niederösterreichische Spitzenjuristen wie Ernst Brosig und Roman Häußl wirkten maßgeblich an der juristischen Entwicklung des Gemeindebundes mit.

RIEDL: SUBSIDIARITÄT, FINANZEN, PFLEGE

Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl betonte drei Schwerpunkte: Subsidiarität, die finanzielle Situation so wie die leidige Frage der Pflegefinanzierung. Subsidiarität, die kleinere Körperschaften – eben die Gemeinden – das tun lässt, was sie besser und sinnvoller als größere machen können, vermeidet Machtkonzentration und entspricht auch den Grundsätzen der europäischen Integration.

„Die ausgeprägte Selbstverwaltung unserer Städte und Gemeinden ist der Erfolgsgarant in einer Republik, die zugleich Einheit, aber auch die Summe unserer Vielfalt ist“, betonte Riedl.

Zum Thema Finanzen meinte Riedl: „Unsere Gemeindeverwaltungen stehen vor einer doppelten Belastung. Sie sind zu strikter Sparsamkeit aufgefordert, ringen um die Einhaltung der Stabilitätskriterien und bekommen laufend neue Aufgaben zu erfüllen. Gleichzeitig aber sollen sie als größte öffentliche Investoren und als wichtiger Arbeitgeber einen wesentlichen wirtschaftlichen Impuls für die regionale Konjunktur liefern.“ Dieser Widerspruch müsse aufgelöst werden. Bezüglich Pflege setzte sich der



„DIE SELBST-
VERWALTUNG
UNSERER STÄDTE
UND GEMEINDEN
IST DER ERFOLGS-
GARANT IN EINER
REPUBLIK, DIE
ZUGLEICH EINHEIT,
ABER AUCH DIE
SUMME UNSERER
VIELFALT IST.“

**GEMEINDEBUND-
PRÄSIDENT
ALFRED RIEDL**

Gemeindebund-Chef für höhere Bundeszuschüsse, für einen Pflegekonvent sowie die Attraktivierung der Heimpflege ein.

HÄUPL VERABSCHIEDETE SICH

Der scheidende Wiener Bürgermeister Michael Häupl war vor allem in seiner Funktion als Präsident des Städtebundes gekommen und lobte die stets enge Kooperation mit dem Gemeindebund. Vor allem verabschiedete er sich aber, da er ja demnächst von seinen Funktionen zurücktritt.

Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner unterstrich gleichfalls die Forderung nach einer dauerhaften Pflegelösung. Den Finanzausgleich sieht Wallner vor allem als Ausgleich unterschiedlicher Lebensinteressen und wirtschaftlich-finanzieller Unterschiede. Entscheidend für die Zukunft der Gemeinden

R GEMEINDEBUND



Die Veranstaltung fand im großen Sitzungssaal des Palais Niederösterreich in Wien statt.

vor allem im ländlichen Raum sei der rasche Ausbau des Breitbandinternets.

KURZ: VORRANG FÜR LÄNDLICHEN RAUM

Für Bundeskanzler Sebastian Kurz sind die Gemeinden nicht nur wichtige Partner der Bevölkerung, sondern ebenso der Regierung. An einer sinnvollen Aufteilung der Kompetenzen werde mit Nachdruck gearbeitet. Durch Maßnahmen für den ländlichen Raum wird dem Trend zur Urbanisierung entgegen gewirkt. Vor allem in drei Bereichen wird mit den Gemeinden kooperiert: Breitband, Schuldenabbau und Nachmittagsbetreuung. Zum Abschluss stellte sich der Genforscher Markus Hengstschläger in einer launigen Rede gegen eine Politik des Gleichmachens. Nur durch eine Vielfalt der Talente und Fähigkeiten werde man die Herausforderungen der Zukunft bewältigen, so Hengstschläger.



Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner im vertrauten Gespräch mit Bundeskanzler Sebastian Kurz.



Gemeindevorstand Alfred Riedl mit seiner Frau Silvia, Alt-Bundespräsident Heinz Fischer, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, der zu dem Zeitpunkt noch amtierende Landtagspräsident Hans Penz, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck und Landeshauptmann Markus Wallner.

FOTOS: JÜRIG CHRISTANDL



Kapellmeister Oberstleutnant Adolf Obendrauf überreichte die Partitur des „Alfred Riedl-Marsch für Österreichs Städte und Gemeinden.“ Links: Moderatorin Nadja Mader, rechts: der NÖ Militärkommandant Martin Jawurek.

Hintere Reihe: Gerhard Karner, Petra Bohuslav, Martin Eichtinger, Bernhard Ebner;
Vordere Reihe: Karl Wilfing, Christiane Teschl-Hofmeister, Stephan Pernkopf,
Johanna Mikl-Leitner, Ludwig Schleritzko, Klaus Schneeberger



VOLKSPARTEI NIEDERÖSTERREICH

EBNER: NUR VPNÖ IN ALLEN BEZIRKEN VERTRETEN

IN DER LANDESREGIERUNG GIBT ES MIT CHRISTIANE TESCHL-HOFMEISTER UND MARTIN EICHTINGER ZWEI NEUE GESICHTER

19 Grundmandate hat die Volkspartei Niederösterreich in den Wahlkreisen erhalten, 10 Mandate wurden über die Landesliste zugeteilt.

„Mit unserem sechsköpfigen Spitzenteam rund um Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, unseren insgesamt 29 Landtagsabgeordneten sowie sieben Bundesräten sind wir als Volkspartei NÖ in allen Bezirken stark vertreten“, informiert Bernhard Ebner, dass nur in den Reihen der VPNÖ-Abgeordneten alle Bezirke repräsentiert werden. „Genauso vielfältig wie unser Team ist, so eindeutig ist unsere Haltung zum Land und zur Arbeit für das Land. Für uns ist eines ganz klar, wir wollen im Miteinander für NÖ die Herausforderungen der Zukunft bewältigen“, so Ebner.

KARL WILFING ZUM LANDTAGSPRÄSIDENTEN GEWÄHLT

Nachdem der bisherige Verkehrslandesrat Karl Wilfing einstimmig zum Landtagspräsidenten gewählt wurde und Soziallandesrätin Barbara Schwarz, eine Experte mit Augenmaß und Hausverstand auf eigenen Wunsch in einen anderen Bereich wechseln

„WIR WOLLEN IM MITEINANDER FÜR NÖ DIE **HERAUSFORDERUNGEN DER ZUKUNFT BEWÄLTIGEN.**“

VPNÖ-LANDESGESCHÄFTSFÜHRER
BERNHARD EBNER

wird, kam es auch zu personellen Veränderungen im Regierungsteam der VPNÖ. Die bekannte Journalistin Christiane Teschl-Hofmeister wird die Agenden Bildung, Familie und Soziales übernehmen. Der Top-Diplomat und vormalige Botschafter Österreichs im Vereinigten Königreich Martin Eichtinger wird zukünftig für Arbeit, Wohnen und internationale Beziehungen zuständig sein.

BEWÄHRTE KRÄFTE

Weiterhin als LH-Stellvertreter wird Stephan Pernkopf aktiv sein, der auch für die Bereiche Energie, Gesundheit und Landwirtschaft verantwortlich sein wird. Petra Bohuslav wird auch in Zukunft die Ressorts Wirtschaft, Tourismus und Sport übernehmen, genauso wie Ludwig Schleritzko die Agenden für Mobilität und Finanzen.

Einstimmig wurde auch Gerhard Karner vom NÖ Landtag zum 2. Landtagspräsidenten gewählt, der mit Klubobmann Klaus Schneeberger und Landesgeschäftsführer Bernhard Ebner das Spitzen-Team der Volkspartei Niederösterreich komplettiert. ■■

STÄRKEN BÜNDELN

ECOPLUS UNTERSTÜTZT INTERKOMMUNALE WIRTSCHAFTSKOOPERATIONEN

Nicht jede Gemeinde verfügt über geeignete Standortvoraussetzungen für ein hochwertiges Betriebsgebiet, oder die Ressourcen für eine schlagkräftige Standortvermarktung. Warum nicht die Stärken in der Region bündeln und gemeinsam mit anderen Gemeinden eine interkommunale Wirtschaftskooperation gründen?

ecoplus, die Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich, unterstützt und berät Gemeinden dabei. Ziel ist es Wirtschaftstandorte zu realisieren, die den Wunschkriterien von Betrieben bestmöglich entsprechen, um so Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region zu schaffen.

ÜBER 80 GEMEINDEN IN NIEDERÖSTERREICH

In Niederösterreich gibt es derzeit 14 interkommunale Wirtschaftskooperationen, insgesamt sind niederösterreichweit 83 Gemeinden an diesen Standort-Kooperationen beteiligt, davon zehn Gemeinden in mehreren Kooperationen. Hierbei handelt es sich also um ein niederösterreichisches Erfolgsmodell, das bisher 1.400 Arbeitsplätze geschaffen und über 80 Betriebe an die Standorte gebracht hat.

ecoplus hilft dabei im gesamten Prozess, von der Erstellung von Aufschließungskonzepten und Kostenschätzungen für neue Standorte, bis zur Unterstützung bei der rechtlichen Ausgestaltungen der Kooperation und bei Förderansuchen.

PARADEBEISPIEL MARCHFELD

Wie man eine derartige Kooperation erfolgreich umsetzt, zeigen aktuell acht Gemeinden im Marchfeld vor. Aderklaa, Deutsch-Wagram, Gänserndorf, Obersiebenbrunn, Markgrafneusiedl, Parbasdorf, Raasdorf und Strasshof a. d. Nordbahn haben sich zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum zusammengeschlossen und verfügen gemeinsam über einen Quadratkilometer Betriebsfläche. Durch die interkommunale Wirtschaftskooperation gibt es hier eine koordinierte Raumentwicklung, die ein nachhaltiges Haushalten mit Grund und Boden leichter macht.



„DURCH DIE INTERKOMMUNALE WIRTSCHAFTSKOOPERATION GIBT ES IM MARCHFELD EINE KOORDINIERTEN RAUMENTWICKLUNG.“

Den Gemeinden gelingt in einer Kooperation die Vermarktung ihrer Betriebsflächen besser als wenn sie als Einzelkämpfer auftreten. So war es auch möglich, einen Aufteilungsschlüssel bei der Kommunalsteuer zu vereinbaren. Im Marchfeld wird dieses Asset besonders zum Tragen kommen, schließlich bietet es zwischen Wien und Bratislava beste Lagen für Betriebe zu vergleichsweise günstigen Preisen. ■■■



Haben Sie mit Ihrer Gemeinde ebenfalls Interesse an einer interkommunalen Wirtschaftskooperation? Bitte melden Sie sich beim ecoplus Investorenservice, Geschäftsfeldleiter Andreas Kirisits.

☎ 02742/9000-19744
✉ a.kirisits@ecoplus.at

**plus
eco**
Die Wirtschaftsagentur
des Landes Niederösterreich

VERGABE

NÖ GEMEINDEN VERGEBEN AUFTRÄGE GERNE **REGIONAL**

IN EINER UMFRAGE DER WIRTSCHAFTSKAMMER NIEDERÖSTERREICH GABEN 95 PROZENT ALLER GEMEINDEN AN, ES SEI IHNEN SEHR WICHTIG BZW. WICHTIG, KMU AUS DER REGION BEI DER VERGABE VON ÖFFENTLICHEN BAUAUFTRÄGEN ZU BERÜCKSICHTIGEN. HAUPTMOTIVATOREN SIND REGIONALE WERTSCHÖPFUNG UND ARBEITSPLÄTZE. DIE VERMEINTLICHE KOMPLEXITÄT DES BUNDESVERGABEGESETZES SORGT ALLERDINGS FÜR HERAUSFORDERUNGEN.

Es gibt viele Möglichkeiten, regionale Betriebe bei öffentlichen Aufträgen zu berücksichtigen. So profitieren letztlich alle: Der Auftraggeber kann auf die Qualität der ansässigen Unternehmen zurückgreifen, Arbeitsplätze werden gesichert und die Wertschöpfung bleibt in der Region. So sehen das auch 95 Prozent der niederösterreichischen Gemeinden, die regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze als Vorteile in der Zusammenarbeit mit Betrieben aus der Region anführen. Für 53 Prozent ist die Zuverlässigkeit der ansässigen KMU ein Hauptgrund, für 46 Prozent die gute Qualität.

„Trotz der hohen Wichtigkeit, die der regionalen Auftragsvergabe beigemessen wird, besteht noch Luft nach oben, wenn es darum geht, KMU an öffentlichen Bauvergaben teilhaben zu lassen. Die wichtigste Methode ist die gewerkeweise Ausschreibung“, erklärt Wolfgang Ecker, Obmann der Sparte Gewerbe und Handwerk der WKNÖ.

„WENN ES DARUM GEHT, KMU AN ÖFFENTLICHEN BAUVERGABEN TEILHABEN ZU LASSEN, BESTEHT NOCH LUFT NACH OBEN.“

WOLFGANG ECKER,
OBMANN DER SPARTE
GEWERBE UND HANDWERK
DER WKNÖ

GEWERKEWEISE AUSSCHREIBUNGEN ALS WIN-WIN-SITUATION

Insbesondere bei Bauaufträgen besteht die Möglichkeit, diese nach Gewerken getrennt zu vergeben. Werden einzelne Gewerke bzw. Lose ausgeschrieben, kann in vielen Fällen verhindert werden, einen Schwellenwert zu überschreiten, wodurch ein einfacheres Vergabeverfahren angewendet werden kann. So kann eine EU-weite offene Ausschreibung häufig vermieden werden, stattdessen reichen offene Verfahren oder es sind sogar Direktvergaben zulässig.

Das heißt, wer sich einen möglichst großen Gestaltungsspielraum sichern und gleichzeitig die regionale Wirtschaft stärken möchte, dem bietet das Bundesvergabegesetz interessante Möglichkeiten. Allerdings vergeben zwei Drittel der niederösterreichischen Gemeinden im Jahr zwischen einem und fünf Bauaufträgen, nur ein Drittel beauftragt sechs oder mehr Projekte. Dementsprechend hoch ist der Bedarf an Unterstützung – insbesondere in rechtlicher Hinsicht. Rund jede zweite Gemeinde führt Bedenken im Hinblick auf

ÜBER DIE UMFRAGE

- ▶ Die Wirtschaftskammer Niederösterreich Sparte Gewerbe und Handwerk hat alle Niederösterreichischen Gemeinden mit einem Online-Fragebogen beschickt, 80 haben an der Umfrage teilgenommen.
- ▶ Zusätzlich telefonisch befragt wurden jene Gemeinden, die bereits eine Beratung in Anspruch genommen haben.
- ▶ Die Umfrage wurde von 5.3. bis 16.3. umgesetzt.

WIE WIRD EINE AUSSCHREIBUNG KMU-FREUNDLICH?

- ▶ Teilleistungen / Lose nach Gewerken vergeben
- ▶ Produktionskapazitäten von KMU im Umfang der Lose berücksichtigen
- ▶ Eignungskriterien nur so hoch ansetzen, wie tatsächlich nötig, um nicht von vornherein kompetente Anbieter auszuschließen



Kostenlose Vergabeberatung für NÖ Gemeinden

das Bundesvergabegesetz als größte Herausforderung bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge an. 80 Prozent wünschen sich Unterstützung in rechtlicher Hinsicht.

KOSTENLOSE VERGABEBERATUNG IM FRÜHJAHR 2018

Um Gemeinden die Auftragsvergabe in der Region zu erleichtern, bietet die WKNÖ Sparte Gewerbe und Handwerk mehrere Services – wie unter anderem die kostenlose Vergabeberatung.



KOSTENLOSE VERGABEBERATUNGEN FÜR GEMEINDEN TERMINE FRÜHLING 2018

GEMEINDE	DATUM, UHRZEIT
St. Pölten WKNÖ	Montag, 16.4.2018 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Mistelbach Haus der Wirtschaft	Montag, 23.4.2018 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Zwettl WKNÖ	Montag, 7.5.2018 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Baden WKNÖ	Montag, 14.5.2018 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Amstetten WIFI	Montag, 28.5.2018 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Nach den ersten Beratungsterminen im Jahr 2017 wurden bereits die nächsten für Frühjahr 2018 festgelegt. Zwei Experten aus der Vergabepraxis stehen für Projekteinleitungen und -abwicklungen im Zusammenspiel mit dem Bundesvergabegesetz Rede und Antwort. Dabei können sowohl allgemeine Themen (z. B. aktuelle Schwellenwerte und die damit verbundenen Möglichkeiten zur regionalen Vergabe) als auch tatsächliche Projekte (bis hin zu konkreten Lösungsempfehlungen) besprochen werden. Die Experten führen zusätzlich durch das WKNÖ „Handbuch zur Regionalvergabe“, das aufzeigt, wie auch kleinere und mittlere regionale Betriebe bei Aufträgen der Kommunen besser eingebunden werden können.

Das Feedback nach den ersten Beratungen war äußerst positiv. Alle Gemeinden gaben an, von der Beratung profitiert zu haben und würden sie weiterempfehlen. „Insbesondere die Erläuterung der gewerke- und losweisen Vergabe wurde als hilfreich empfunden, aber auch die Beratung zu konkreten Projekten“, so der Landesinnungsmeister Bau NÖ, Ing. Robert Jägersberger. Örtlich auf ganz Niederösterreich verteilt werden fünf Termine je Block angeboten. ■■



Alle Gemeinden werden auch mittels Rundschreiben und Newsletter detailliert über diese Aktion informiert.

Bei Fragen und für weitere Informationen stehen Ihnen die Sparte Gewerbe und Handwerk unter 02742/851-18101 bzw. gewerbe.sparte@wknoe.at sowie die Landesinnung Bau NÖ unter 02742/313225 bzw. hdb@wknoe.at gerne zur Verfügung.

DAS NÖGEMEINDE PORTRAIT



MUSIKSCHULDIREKTOR HERBERT FRÜHWIRTH

ER HAT DAS WEINVIERTEL MUSIKALISCH GEPRÄGT

Das NÖ Musikschulwerk feierte kürzlich sein 60-jähriges Bestehen. Ein Festakt im Landtags-sitzungssaal mit Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und eine große repräsentative Festschrift (die NÖG berichtete darüber) geben Zeugnis vom Leistungsvolumen der rund 60.000 Musikschülerinnen und -schüler in 127 gemeindeübergreifenden Musikschulen. Sie spielen im Kulturleben des Landes, insbesondere in den kleineren und mittleren Gemeinden, eine ganz wichtige Rolle, dahinter steckt enorme, profunde und professionelle Ausbildungsarbeit.

Die NÖ Gemeinde stellt in ihren nächsten vier Ausgaben jeweils eine(n) Musikschulleiter(in) pro Landesviertel vor, beginnend mit Herbert Frühwirth aus dem Weinviertel.

70 PROZENT MÄDCHEN

Musik, Musikpädagogik, Musikvermittlung – das ist bis heute sein Leben, die Musikschülerinnen und Musikschüler des nördlichen Weinviertels ebenso wie viele Musikkapellen haben ihm viel zu verdanken: Musikschuldirektor Prof. Frühwirth, der seit 1984 den Musikschulverband Staatz und Umgebung leitet, dem immerhin 15 Gemeinden bzw.

Standorte angehören, wozu noch der Unterricht in Hohenau dazu kommt. Der Musikschulverband umfasst nahezu 1000 Schülerinnen und Schüler, die von 46 Lehrkräften unterrichtet werden. Bemerkenswert, dass dabei zu etwa 70 Prozent Mädchen überwiegen, was sich natürlich auch bei den 21 Musikkapellen des Verbandsbereichs schon rein optisch zu Buche schlägt. Früher meist nur als Marketenderinnen sichtbar, dominiert heute das weibliche Geschlecht die Musikschulen und Musikkapellen.

OBOE, HARFE, FAGOTT, QUERFLÖTE

„Wir unterrichten – mit Ausnahme von Zither und Hackbrett – alle gängigen Musikinstrumente, besondere ‚Renner‘ sind Oboe, Harfe, Fagott und, speziell bei den Mädchen, Querflöte. Zudem gibt es eigene Klassen für Musical, Ballett und Tanz“, weist Frühwirth auf die enorme Breite des Angebotes seines Musikschulverbandes hin. Entsprechend hoch ist das Niveau der 21 Musikkapellen, deren Nachwuchs fast ausschließlich in den Musikschulen des Verbandes ausgebildet wird. Frühwirth selbst beherrscht alle gängigen Holzblasinstrumente, Lieblingsinstrument ist das Fagott.

STECKBRIEF

NAME | HERBERT FRÜHWIRTH
BERUF | MUSIKSCHULLEITER
ORT | STAATZ

DER LANDESHAUPTMANN MIT DEM MUNDSTÜCK

Herbert Frühwirth, ein vielseitiger Mann, der eigentlich aus der Privatwirtschaft, aus dem EDV-Bereich kommt, hat sich mit seinen Musikschulen bzw. Musikensembles schon in viele Siegerlisten, zuletzt mit dem Musikverein Staatz in Grafenegg, eingetragen. Auch die Musik auf der Felsenbühne Staatz stammt aus diesen Kreisen. Unter den Landespolitikern, speziell Landeshauptleuten, war und ist Frühwirth ein Begriff. Das traf vor allem auf den legendären Blasmusik-Landeshauptmann Andreas Maurer zu, an den sich Frühwirth besonders gerne erinnert: „Maurers Begeisterung für die Blasmusik ging so weit, dass er, der Bassflügelhornspieler, stets sein Mundstück bei sich trug und sich instrumental voll in die Kapellen einbrachte.“ Nicht nur seinem persönlichen Image, sondern auch jenem der Blasmusik hat dies zweifellos genutzt. ■■



PROF. DR. FRANZ OSWALD
WAR CHEFREDAKTEUR DER
NÖ LANDESREGIERUNG UND IST
JETZT FREIER JOURNALIST

Gemeinsam bestellen

www.umweltgemeinde.at/e-fahrzeuge



© Foto: Renault Marketing 3D - Commerce

ENERGIE-UND
UMWELTAGENTUR
NIEDERÖSTERREICH



NACHHALTIGES
BESCHAFFUNGS
SERVICE

MEHR RECHTE FÜR DIE **LANDTAGS-MINDERHEITEN**

KOMMENTAR ZUR NEUEN GESCHÄFTSORDNUNG

Ein Tag vor seinem Abschied (21. März) präsentierte Landtagspräsident Hans Penz zusammen mit den beiden Autoren, dem früheren und dem derzeitigen Landtagsdirektor, Karl Lengheimer und Thomas Obernosterer, die neue Geschäftsordnung des NÖ Landtags.

Sie wurde in weiten Teilen neu gestaltet: So wurden insbesondere parlamentarische Minderheitenrechte neu geschaffen, vor allem mit der Möglichkeit der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, der Anrufung des Verfassungsgesichtshofes sowie der Erteilung von Prüfaufträgen an den Rechnungshof. Die Geschäftsordnung des Landtages sei schlank gehalten und nicht überreglementiert, sagte Obernosterer. „Wenn die Säle die Hardware und die



Der damals noch im Amt befindliche Landtagspräsident Hans Penz (Mitte) mit den beiden Autoren Karl Lengheimer (L.) und Thomas Obernosterer (r.).

Kompetenz der Abgeordneten und Mitarbeiter die Software des Landtages sind, dann ist die Geschäftsordnung das Betriebssystem“, stellte er einen treffenden Vergleich an. Die im Kleinformat in Broschürenform erschienene Geschäftsordnung (Verlag Manz) ist 225 Seiten stark

und enthält einen umfangreichen Kommentar mit Mustersammlung, Stichwortverzeichnis, Suchhinweisen für Landtagsmaterialien und Sitzungsberichte im Internet, den Text der NÖ Landesverfassung sowie die Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse.

GESELLSCHAFTEN

NEUE MELDEPFLICHTEN

ÄNDERUNGEN DURCH DAS WIRTSCHAFTLICHE EIGENTÜMER REGISTERGESETZ VON URSULA STINGL-LÖSCH

Seit dem 15.1.2018 ist das Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz (kurz: WiEReG) in Kraft und hat auch auf Gemeinden und deren gemeindenahen Gesellschaften Einfluss. Grundlage hierfür ist eine weitere Umsetzung der Geldwäscherichtlinie. Diese sieht die Einführung eines zentralen Registers vor, aus welchem die wirtschaftlichen Eigentümer bestimmter Rechtsträger ersichtlich sind.

Die Meldung der wirtschaftlichen Eigentümer umfasst zusätzlich zu den Gesellschaften Vereine, Privatstiftungen gemäß § 1 PSG sowie Stiftungen und Fonds gemäß § 1 des Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetzes (BStFG 2015). Auf Stiftungen und Fonds, welche aufgrund des NÖ Landes-Stiftungs- und Fondsgesetzes eingerichtet wurden, ist das WiEReG derzeit nicht anwendbar, da dies derzeit landesgesetzlich nicht vorgesehen ist. ABER: Eine aktuell in Begutachtung befindliche Novelle sieht auch eine entsprechende Anpassung des NÖ LStFG vor, sodass die wirtschaftlichen Eigentümer all dieser Stiftungen und Fonds ebenfalls zu melden sind. Die Eintragung der wirtschaftlichen Eigentümer hat, sofern nicht eine Meldebefreiung vorliegt, bis spätestens 1.6.2018 zu erfolgen. Die Nichteintragung ist gemäß Finanzstrafgesetz strafbar und wird mit einer Strafe von bis zu 100.000 Euro bei grober Fahrlässigkeit und bis zu 200.000 Euro bei Vorsatz geahndet. Wie vorzugehen und worauf zu achten ist, möchten wir nachstehend wie folgt zusammenfassen:

SCHRITT 1 – ERMITTLUNG DES WIRTSCHAFTLICHEN EIGENTÜMERS

In einem ersten Schritt ist zu ermitteln, wer wirtschaftlicher Eigentümer ist. Wirtschaftliche Eigentümer im Sinne des Gesetzes sind im Wesentlichen alle natürlichen Personen, die direkt oder indirekt mehr als 25 Prozent der Gesellschaftsanteile der Gesellschaft halten. Daneben kann wirtschaftliches Eigentum auch durch das Ausüben von Kontrollrechten bewirkt werden. Kann keine natürliche Person als wirtschaft-



Die Geldwäscherichtlinie sieht die Einführung eines zentralen Registers vor, aus welchem die wirtschaftlichen Eigentümer bestimmter Rechtsträger ersichtlich sind.

licher Eigentümer festgestellt werden, so sind als Ersatztatbestand die natürlichen Personen der obersten Führungsebene der zu meldenden Einrichtung als wirtschaftliche Eigentümer zu melden.

SCHRITT 2 – MELDUNG

Die Meldung der wirtschaftlichen Eigentümer erfolgt über das Unternehmensserviceportal (kurz: USP). Diese kann über den steuerlichen Vertreter (ab dem 2.5.2018) bzw. bereits jetzt selbst durch die Einrichtungen vorgenommen werden.

In weiterer Folge ist bei jeder Änderung der Eigentumsverhältnisse nach der erstmaligen Meldung abzuklären, ob auch eine Änderung der wirtschaftlichen Eigentümer erfolgt ist. Eine dementsprechende Meldung hat innerhalb eines Monats ab Eigentümerwechsel zu erfolgen.

Bei im Firmenbuch eingetragenen Einrichtungen (OG, KG, GmbH, AG etc.), an welchen nur natürliche Personen beteiligt sind, erfolgt eine automatische Übermittlung der Daten an das Register. ■■

BEISPIEL

An einer GmbH sind fünf natürliche Personen beteiligt, alle halten einen Anteil von 20 Prozent an der GmbH. Da keine der natürlichen Personen die maßgebliche Grenze von 25 Prozent überschreitet, greift in weiterer Folge der Ersatztatbestand: Der Geschäftsführer der GmbH ist als wirtschaftlicher Eigentümer zu melden.



MAG. URSULA STINGL-LÖSCH IST
STEUERBERATERIN BEI DER
NÖ GEMEINDE-BERATUNG

RECHTSTIPPS AUS DER PRAXIS

In Garagen bis 50 m² Nutzfläche dürfen Lagerungen in einem Umfang erfolgen, der keine wesentliche Erhöhung der Brandlast darstellt.

§ WIE MAN MIT EINEM MESSIE-PROBLEM UMGEHT

WAS KANN EINE GEMEINDE NACH DEM NÖ FEUERWEHRGESETZ 2015 GEGEN EINEN MESSIE UNTERNEHMEN? – VON FRANZ NISTELBERGER

Gemäß § 4 Absatz 1 NÖ Feuerwehrgesetz (FG) 2015 obliegt die Besorgung der örtlichen Feuer- und Gefahrenpolizei der Gemeinde; sie hat sich hierzu – ausgenommen die Erlassung von Bescheiden – der Feuerwehr als Hilfsorgan zu bedienen.

Absatz 3 bestimmt, dass dann, wenn in einer Gemeinde keine Feuerwehr besteht, mit einer Nachbargemeinde vereinbart werden kann, dass deren Feuerwehr die Besorgung der örtlichen Feuer- und Gefahrenpolizei übernimmt. Eine solche Vereinbarung bedarf der schriftlichen Zustimmung der Feuerwehren sowie übereinstimmender Gemeinderatsbeschlüsse. Dies gilt sinngemäß wenn aus einsatztaktischen Gründen eine Übertragung der Aufgaben auf eine Nachbargemeinde geboten ist. Dazu ist der NÖ Landesfeuerwehrverband zu hören. Die Vereinbarung ist an der Amtstafel der Gemeinde kundzumachen. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet die Landesregierung mit Bescheid.

§ 11 NÖ FG 2015 regelt die Lagerung brandgefährlicher Materialien

in Bauwerken. Grundsätzlich gilt, dass brandgefährliche Materialien in Bauwerken nicht gelagert werden dürfen, dies gilt insbesondere auch für Dachböden, auf denen leicht entzündliche, zündschlagfähige oder schwer löschbare Materialien, insbesondere brennbare Flüssigkeiten oder brennbare Abfälle gelagert werden (Absatz 3).

Absatz 5 regelt, dass in Garagen bis 50 m² Nutzfläche Lagerungen in einem Umfang erfolgen dürfen, der keine wesentliche Erhöhung der Brandlast darstellt. In Garagen über 50 m² Nutzfläche dürfen nur Lagerungen erfolgen, die im Zusammenhang mit dem Betrieb der darin abgestellten Fahrzeuge stehen und die Brandbekämpfung nicht wesentlich erschweren.

§ 12 NÖ FG 2015 regelt, dass Flucht- sowie Rettungswege innerhalb und außerhalb von Gebäuden, Stiegenhäusern, Zufahrten und Durchfahrten sowie Freiflächen, die für das Aufstellen von Einsatzfahrzeugen und die Durchführung eines Feuerwehreinsatzes dienen oder bestimmt sind, ständig freizuhalten und erforderli-

chenfalls ordnungsgemäß zu kennzeichnen sind!

Die Maßnahmen der Gemeinde zur Überwachung dieser gesetzlichen Bestimmungen ergeben sich aus der „feuerpolizeilichen Beschau“.

Gemäß § 14 NÖ FG 2015 ist die Brandsicherheit von Bauwerken mindestens einmal innerhalb von zehn Jahren zu überprüfen, bei einem begründeten Verdacht ist sie anlassbezogen vorzunehmen und zwar macht dies über Auftrag der Gemeinde der Rauchfangkehrer. Für die Einhaltung der feuerpolizeilichen Vorschriften sind immer die Eigentümer oder die Nutzungsberechtigten Eigentümer verantwortlich. ■■

Fortsetzung folgt

DR. FRANZ
NISTELBERGER IST
VERBANDSANWALT DES
NÖ GEMEINDEBUNDES



VERÄNDERUNGEN BEWÄLTIGEN

ES GILT, GEMEINSAME ZIELE ZU FINDEN

ERFOLGREICHE CHANGE-PROZESSE IM ÖFFENTLICHEN BEREICH. WIE GEHT DAS? VON CHRISTA FISCHER-KORP

Napoleon Bonaparte bemerkte, dass nur, was zu Ende gedacht ist, auch ein Ergebnis bringt. Dieser Spruch kann gut auf Veränderungsprozesse im öffentlichen Bereich gemünzt werden: Welche Vorarbeiten und Voraussetzungen braucht es, einen solchen Prozess von Anfang bis Ende durchzudenken, dementsprechend zu planen und dann auch effektiv, also ohne größere Störungen, umzusetzen.

Die Wirtschaft setzt sich schon seit vielen Jahren mit Veränderungsprozessen in Unternehmen auseinander, aber wie sieht das im öffentlichen Bereich aus, kann hier das Wissen aus der Wirtschaft 1:1 auf Gemeinden und Städte übertragen werden?

VERÄNDERUNGEN KÖNNEN LANGSAM ODER SCHNELL KOMMEN

Im öffentlichen Bereich können Veränderungsprozesse ganz plötzlich kommen, wie z. B. die Flüchtlingskrise 2015 gezeigt hat. Sie können aber bereits lange geplant sein, wie große Infrastrukturprojekte, Energieversorgungsprojekte oder Dorf- und Stadtentwicklungspläne, die Ansiedlung von neuen Betrieben oder großflächige Ansiedlungen von neuen Bürgern. Ob überraschend oder geplant, jeder kennt sicherlich genügend Beispiele, wie solche Projekte scheitern können.

Aber was braucht man, dass sie gelingen?

KOMPLEXITÄT IST IM ÖFFENTLICHEN BEREICH HÖHER

Sie brauchen definitiv mehr, weil die Komplexität des Veränderungsprozesses im öffentlichen Bereich ungleich höher ist als in der Wirtschaft, also einem Unternehmen und andere hierarchische Ordnungen herrschen. Veränderungsprozesse in Städten und Gemeinden betreffen mehr oder minder jeden Bürger, jeder ist auf gewisse Weise beteiligt oder betroffen, was die Umsetzung höchst

anspruchsvoll macht. Veränderungsprozesse machen Angst, schüren Emotionen oder Misstrauen; in manchen Situationen können auch Verschwörungstheorien auftreten. Es können sich Bürgerinitiativen bilden, die das Projekt verhindern wollen, die Gesellschaft kann durch unterschiedliche Interessen bezüglich des Projektes gespalten werden.

INTERESSEN NICHT GEGENEINANDER AUSSPIELEN

Dazu kommt, dass der öffentliche Bereich in jedem Fall ein Spannungsfeld von unterschiedlichen Interessen ist und deshalb Konflikte als normal zu betrachten sind. Hier dürfen nicht einzelne Interessen gegeneinander ausgespielt werden, hier gilt es mit Allen gemeinsame Ziele zu finden. Jede beteiligte oder betroffene Gruppe hat andere Interessen und gibt diesen öffentlich, machtpolitisch oder unterschwellig Ausdruck. Wenn es nicht gelingt, einen Interessenausgleich herzustellen, ist mit großen Vertrauensverlusten in die Politik zu rechnen. Wozu das führen kann, weiß jeder.

Damit der Veränderungsprozess gelingen kann braucht man:

- ▶ Eine gründliche **Analyse** (Projektumfeld- und Stakeholderanalyse)
- ▶ **Vertrauensbildende** Maßnahmen
- ▶ Gewährleistung von **Transparenz**
- ▶ Effiziente **Kommunikations- und Informationswege**
- ▶ **Perspektivenwechsel**
- ▶ Wissen um die **Interessen und Bedürfnisse** der Beteiligten und Betroffenen

Das alles muss die Politik zulassen und initiieren! Durch diesen Weg verlassen die politisch Verantwortlichen auch das übliche Schema von Gewinnern und Verlierern und erweitern damit demokratiepolitische Möglichkeiten.

„ES IST LOHNEND, MEDIATIVE STRATEGIEN EINZUSETZEN, ALSO HANDLUNGSOPTIONEN ZU ENTWICKELN, MIT DENEN ALLE SEITEN GUT LEBEN KÖNNEN.“



WELCHE MÖGLICHKEITEN DER UMSETZUNG STEHEN DEN POLITISCH VERANTWORTLICHEN ZUR VERFÜGUNG?

Es ist lohnend, mediative Strategien einzusetzen, also Handlungsoptionen zu entwickeln, mit denen alle Seiten gut leben können. Hilfreich können dabei Instrumente aus Kommunikation, Konfliktmanagement und die Grundlagen von Mediationsprozessen sein. Das sollte durch Instrumente aus dem Prozess- und Projektmanagement, vor allem dem agilen Projektmanagement, der Organisationsentwicklung und der Gruppendynamik ergänzt werden. Interkulturelle Kompetenz, Wissen über Verhaltensökonomie und Komplexität sind hilfreich.

Wenn es Widerstände gibt, wenn der Prozess ins Stocken gerät ist es notwendig, adäquate Interventionsformen zur Hand zu haben und diese auch richtig einsetzen zu können.

DIE BÜRGER MITNEHMEN

Weil das Gelingen eines Veränderungsprozesse im öffentlichen Bereich voraussetzt, dass alle Interessengruppen in die Lösungs-

findung involviert werden und damit zufrieden sind, gilt es auch die Bevölkerung, also den einzelnen Bürger mitzunehmen und das kann mit einem der zahlreichen Bürgerbeteiligungsmodelle funktionieren. Die Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger an der Veränderung partizipieren und gestalten zu lassen, ist eine hervorragende vertrauensbildende Maßnahme, die gleichzeitig die Übernahme von Verantwortung gegenüber dem Prozess durch die Bürger veranlasst und die Entscheidungsfindung für die politisch Verantwortlichen erleichtert.

Eine gemeinsam getragene Entscheidungsfindung, bedeutet auch, dass ausreichend informiert und kommuniziert wird und erfüllt damit die Voraussetzungen für Transparenz und verfolgt damit einen starken demokratiepolitischen Ansatz.

Die Schlussfolgerung ist, dass wer Wandel und Veränderung gut gestalten will, den Meinungsaustausch fördern und den Diskurs sicherstellen muss.

Was die Politik dafür bekommt, ist Vertrauen von der Bevölkerung und Gemeinschaft in der Gesellschaft. ■■

Wer Wandel und Veränderung gut gestalten will, der muss den Meinungsaustausch fördern und den Diskurs sicherstellen.

BUCH

Gemeinden haben es immer wieder mit Veränderungsprozessen zu tun, die für Beteiligte und Betroffene eine große Herausforderung darstellen. Infrastrukturprojekte, Gemeindefusionen und -kooperationen, Betriebsansiedlungen und auch die Thematik der Asylbewerber und -berechtigten sind Beispiele dafür. Doch welches Konfliktpotential liegt in Veränderungsprozessen speziell im öffentlichen Bereich und wie gehen die Initiatoren damit am besten um?

Die Autorin erläutert, welche Rolle Kommunikation und vor allem die richtigen Fragen für den konstruktiven Austausch spielen. Sie stellt Konfliktpräventionsmaßnahmen ebenso vor wie mediative Strategien, Interventionsmöglichkeiten und die Chancen, die Bürgerbeteiligungskonzepte bieten.

Fischer-Korp, Christa: Erfolgreiche Change-Prozesse im öffentlichen Bereich. Strategien, Methoden und Tools, Springer Verlag, 34,99 Euro, ISBN 13 978-3-7431-8209-7 oder als E-Book um 26,99 Euro.



DR. CHRISTA

FISCHER-KORP IST PROMOTIERTE BIOLOGIN UND SELBSTÄNDIGE MEDIATORIN MIT SCHWERPUNKT ÖFFENTLICHER BEREICH UND WIRTSCHAFT. SIE BEGLEITET GEMEINDEN BEI VERÄNDERUNGSPROZESSEN UND REALISIERE WORKSHOPS UND SEMINARE ZU AKTUELLEN THEMEN FÜR STÄDTE UND GEMEINDEN.

AKADEMIE 2.1

WUNSCHSEMINARE NACH MASS

DAS TEAM DER AKADEMIE 2.1 ORGANISIERT IN DER REGION MIT DEN MEISTEN INTERESSENTEN DAS ENTSPRECHENDE SEMINAR.

Wie die NÖ Gemeinde bereits in der letzten Ausgabe berichtet hat, gibt es in der Akademie 2.1 neben dem bekannten Lehrgangs- und Seminarangebot heuer erstmals die Kategorie Wunschseminare. Einfach auf der neuen Homepage der Akademie 2.1 ein oder mehrere Seminare aussuchen und den zugehörigen „Wunschbutton“ anklicken oder sich im Büro der Akademie 2.1 melden.

Bei genügend Interesse für ein bestimmtes Seminar organisiert das Team der Akademie 2.1 zeitnah in der jeweiligen Region mit den meisten Interessenten das entsprechende Wunschseminar. Das Seminar wird dann auch nochmals niederösterreichweit auf der Homepage oder per Newsletter beworben.

Als registrierter Interessent für ein bestimmtes Wunschseminar wird man natürlich vom allfälligen Zustandekommen eines Seminars mit konkreter Orts- und Datumsangabe persönlich informiert. Die Akademie 2.1 benötigt dann noch eine verbindliche Anmeldung, entweder online oder per Mail.



Akademie 2.1

Michael Kohlmann,

Sabine Stöcklecker

☎ 02742/9020-1680

✉ office@akademie21.at



FOTO: SHUTTERSTOCK/ PRESSMASTER

Für ein Wunschseminar muss man nur auf der Homepage der Akademie 2.1 den „Wunschbutton“ anklicken oder sich im Büro der Akademie 2.1 melden.

KOMMUNALMANAGER-LEHRGANG – RÜCKBLICK AUF DAS MODUL GEMEINDEORDNUNG

20 Teilnehmer des Moduls Gemeindeordnung waren sich einig: Ein ganzer Tag „Gemeindeordnung“, mit Michael Fraberger, Rechtsberater beim NÖ Gemeindebund, als Vortragenden, sind viel zu kurz. Eineinhalb oder gar zwei Tage wären besser, so umfangreich ist die Materie, die dank Frabergers kompetenten Vortragsstil nie langweilig wurde. Der ewige Bestseller „Gemeindeordnung“ kann auch als Wunschseminar W15 jederzeit gebucht werden. Näheres dazu im Akademiefolder oder auf der Homepage. ■■

PROGRAMM

DIE NÄCHSTEN SEMINARANGEBOTE

VEREINSFESTE & CO

Rechtliche Grundlagen, die bei Festen und ähnlichen Veranstaltungen zu beachten sind, Konflikte mit Finanzamt und Gewerbeordnung vermeiden, Inhalte & Tipps durch Top-Experten, offene Diskussion

- ▶ **Di., 24. April, 18-22 Uhr, Hotel-Gasthof Seeland, 3100 St. Pölten-Waitzendorf**
- ▶ **Mi., 16. Mai, 18-22 Uhr, Hotel Corvinus, 2700 Wiener Neustadt**

BESTEUERUNG VON BÜRGERMEISTERN UND GEMEINDEMANDATAREN

Grundlagen der Besteuerung, Steuerpflichtiges Einkommen, Termine & Fristen, Einnahmen & Sachbezüge, Steuerfreie Bezüge, ABC der tatsächlichen Werbungskosten

- ▶ **Do., 26. April, 18-22 Uhr, Hotel Höldrichsmühle, 2371 Hinterbrühl bei Mödling**

ELEKTROMOBILITÄT ALS CHANCE FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

INDIVIDUELLE MOBILITÄT BRINGT LEBENSQUALITÄT FÜR NIEDERÖSTERREICHS REGIONEN

Gerade in ländlichen Regionen ist Elektromobilität ein wichtiges Thema. „Individuelle Mobilität ist auf dem Land gleichzusetzen mit Lebensqualität. Gerade deshalb ist es so wichtig, die Rahmenbedingungen für die Nutzer zu optimieren und es ist auch schon viel geschehen“, sagt Michaela Hinterholzer, Bürgermeisterin von Oed-Öhling und Aufsichtsratsvorsitzende-Stellvertreterin bei der Wirtschaftsagentur ecoplus. So konnten zum Beispiel im Mostviertel durch zwei Projekte insgesamt 74 Ladestationen mit je vier Ladepunkten geschaffen werden.

Niederösterreich nimmt im Bereich der Elektromobilität eine Vorreiterrolle ein. Seit der Gründung der Landesinitiative „e-mobil in niederösterreich“ haben sich die Rahmenbe-



FOTO: SHUTTERSTOCK/ZAPP2PHOTO

Bei E-Mobilität liegt Niederösterreich sowohl bei den Förderansuchen als auch bei den Zulassungszahlen an der Spitze

dingungen sowohl für die Wirtschaft als auch für die Nutzer grundlegend geändert.

„Seit 2017 gibt es in Niederösterreich eine attraktive Anschlussförderung von 1.000 Euro zur Förderung des Bundes und der Autoimporteure für e-PKW. Dieses Angebot wird hervorragend angenommen. Das

zeigt sich auch im Vergleich mit anderen Bundesländern sowohl bei den Förderansuchen als auch bei den Zulassungszahlen. In beiden Bereichen liegen wir österreichweit unangefochten an der Spitze“, erläutert Landesrätin Petra Bohuslav.

AKTIVSTE FIRMA NIEDERÖSTERREICHS GESUCHT

DIE „NÖ-FIRMENCHALLENGE“ SOLL DAZU MOTIVIEREN, BEWEGUNG IN DEN ARBEITSALLTAG ZU INTEGRIEREN

„Bewegte Arbeit“ lautet das Motto der vom SPORT.LAND.Niederösterreich initiierten „NÖ-Firmenchallenge“. Der Wettbewerb, bei dem alle berufstätigen Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher mithelfen können, ihre Firma zur aktivsten des Bundeslandes zu machen, startet am 3. April. Alles was man dafür tun muss, nachdem die Firma registriert wurde, lässt sich in drei Schritten erklären:

- ▶ Runtastic App auf das Smartphone laden,
 - ▶ auf noefirmenchallenge.at zum Wettbewerb anmelden und seinem Unternehmen virtuell beitreten,
 - ▶ laufen, gehen und radfahren!
- Jede sportliche Minute wird anschließend von der App dokumentiert und gleichzeitig automatisch auf



Jede sportliche Minute wird von der App dokumentiert und automatisch auf das Bewegungskonto der jeweiligen Firma gutgeschrieben.

das Bewegungskonto der jeweiligen Firma gutgeschrieben. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben dabei immer die Möglichkeit, den aktuellen Stand des Wettbewerbs auf der Homepage und den Social Media Kanälen von SPORT.LAND.Niederösterreich mit zu verfolgen.

Abgerechnet wird am 30. Juni 2018. Danach werden die Firmen mit den meisten gesammelten Bewegungsminuten pro Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geehrt und ausgezeichnet.



www.noefirmenchallenge.a

PROFESSIONELLE WOHN- STANDORTVERMARKTUNG

EIN KOOPERATIONSPROJEKT IM MOSTVIERTEL

Gemeinden im Mostviertel wollen Leerstände minimieren und Zuzug in die Region fördern. Herzstück des Projektes ist die gemeinsame Website www.mitten-im-mostviertel.at, die freie Immobilien, Grundstücke und Gewerbeobjekte der 14 beteiligten Gemeinden präsentiert.

runden die Informationen über den möglichen neuen Wohnort ab.

ORDNERMAPPEN FÜR JEDE GEMEINDE

Nun gibt es auch „Willkommensordner“, die Zuzüglern bei der Orientierung und beim Einleben im Ort helfen. Für jede Gemeinde wurde eine indi-



FOTO: LEADER-REGION MOSTVIERTEL-MITTE

Petra Scholze-Simmel, von der LEADER-Region Mostviertel-Mitte, mit den Bürgermeistern der beteiligten Gemeinden.

Gespeist wird die Immobiliendatenbank von den Gemeinden selbst und von Immobilienmaklern. Auch Privatpersonen können eigene Objekte kostenfrei inserieren oder Suchanzeigen schalten.

Unter dem Motto „Da ist gut leben.“ werden die Gemeinden und die Region vorgestellt. Schulen, Gesundheitseinrichtungen, Bildungsangebote und Freizeitmöglichkeiten

viduell gestaltete Ordnermappe entwickelt, die mit örtlichen und regionalen Informationen gefüllt wird. Gemeindevertreter werden die Willkommensordner den neu angemeldeten Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürgern überreichen, damit diese sich von Anfang an in der Gemeinde zu Hause fühlen können.



mitten-im-mostviertel.at



GRÜNRAUMPFLEGE

BLÜHWIESEN IM MITTELPUNKT

„NATUR IM GARTEN“-GEMEINDETAG AM
27. APRIL IN WAIDHOFEN AN DER YBBS

Beim diesjährigen „Natur im Garten“ Grünraumtag in Waidhofen an der Ybbs stehen die Themen „Blühwiesen“ und „Bäume im öffentlichen Grünraum“ im Mittelpunkt. In zahlreichen Fachreferaten wird auf die Bedeutung von Bäumen im Siedlungsraum sowie auf die richtige Pflege und die Auswahl von geeigneten Baumarten entlang von Straßen oder asphaltierten Plätzen hingewiesen.

FOTO: SHUTTERSTOCK/MANFRED RUCKSZIO

INFOS ÜBER GEEIGNETE FLÄCHEN UND SAATGUT

Da bereits zahlreiche Gemeinden mit Blühwiesen im öffentlichen Raum experimentieren, möchten „Natur im Garten“ Gemeindeverantwortliche sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Grünraum über die Auswahl geeigneter Flächen und geeigneten Saatgutes informieren. Auch auf Fragen aus der Praxis soll eingegangen werden.

Bei dieser Fachtagung haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, mit den Referentinnen und Referenten bei Austauschrunden und auf dem Marktplatz in Kontakt zu treten.

VERLEIHUNG DES „GOLDENEN IGELS“

Höhepunkt der Veranstaltung ist die Verleihung des „Goldenen Igels“ an all jene

UND BÄUME KT

Gemeinden, die ihren öffentlichen Grünraum 2017 zu 100 Prozent ökologisch gepflegt haben.

GERÄTEVORFÜHRUNG ZUR UNKRAUTBEKÄMPFUNG

Zu Beginn der Veranstaltung besteht die Möglichkeit an einer Gerätevorführung zur Unkrautbekämpfung oder an einer Führung durch die Grünflächen von Waidhofen an der Ybbs teilzunehmen.

Zielgruppe: Gemeindeverantwortliche und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Grünraum

Kosten: keine!

Dauer: 9:30 bis 16:30 Uhr

Ort: Schloss Rothschild, Schlossweg 2, 3340 Waidhofen an der Ybbs

ANMELDUNG UND INFORMATION:

„Natur im Garten“ Telefon

☎ 02742/74333

✉ gartentelefon@naturimgarten.at



HANDYSTRAHLUNG KLAR UNTER GRENZWERTEN

GERINGSTE WERTE IN MELK UND MÖDLING

Das Forum Mobilfunk hat in allen Bezirkshauptstädten Österreichs die Belastung durch Mobilfunkstrahlung messen lassen. Dabei zeigte sich, dass die erlaubten Grenzwerte bei weitem unterschritten werden.

Die höchsten Werte wurden in Lienz gemessen, aber auch dort erreichte das Strahlungsniveau nur maximal 0,45 Prozent des Erlaubten. Am geringsten war die Strahlung in Melk und Mödling.

Erstellt wurde die Studie von der Technischen Hochschule Deggendorf in Bayern. „Wir hätten auch selber messen können, wollten aber, dass eine neutrale Institution die Daten erhebt“, sagt der Präsident des Forums Mobilfunk, Marcus Grausam.

Gemessen wurde jeweils

auf einem zentralen Platz des Ortes, etwa vor dem Rathaus. Erhoben wurden die Immissionen sämtlicher Mobilfunk-Generationen, aber auch anderer Funkdienste wie Radio- und Fernsehsendern.

„Wichtig war, eine Vergleichbarkeit mit früheren Testreihen, wobei die Belastung durch LTE erstmals erhoben wurde“, erläutert Prof. Matthias Wuschek von der TH Deggendorf, der für das Projekt verantwortlich war. Für jede Gemeinde, in der gemessen wurde, wurde eine Dokumentation erstellt, die der Gemeinde zur Verfügung gestellt wurde. Die Daten sind auch im Internet einsehbar.



<http://messwerte.fmk.at>

„BRINGE 20 JAHRE ERFAHRUNG ALS BÜRGERMEISTER EIN“

ANTON KASSER IST NEUER CHEF DER ARGE ÖSTERREICHISCHER ABFALLWIRTSCHAFTSVERBÄNDE

Bürgermeister Anton Kasser wurde zum Präsidenten der ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände gewählt. Er übernahm das Amt vom Oberösterreichler Josef Moser, der 25 Jahre an der Spitze der ARGE gestanden war.

Kasser ist seit 1995 Bürgermeister von Allhartsberg, Obmann des Gemeindedienstleistungsverbandes im Bezirk Amstetten, Abgeordneter zum NÖ Landtag, Präsident der NÖ Umweltverbände und Vizepräsident der ARGE ÖAWVs. Zu seiner Wahl sagte er: „Meine 20-jährige Erfahrung als Bürgermeister und Verbandsobmann im Bezirk Amstetten konnte ich schon bei der Neugestaltung des Niederösterreichischen Abfallwirtschaftsgesetzes 2017 effektiv einsetzen und freue mich darauf,

diese nun auch auf Bundesebene einzubringen. Die ARGE ist eine der wenigen Organisationen, die binnen einer Stunde eine gemeinsame Meinung aller acht Bundesländer zu einem Thema zustande bringt; solche Effizienz mag ich.“

Die erfolgreiche Aufbauarbeit der Plattform „Verantwortungsvolles Wertstoffmanagement“ will Kasser mit einem fünften Expertenforum zur Umsetzung des EU-Kreislaufwirtschaftspakets fortsetzen.

Die ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände ist die Interessensvertretung von rund 80 Gemeindeverbänden für Abfallwirtschaft in Österreich. Bei neuen Gesetzesvorhaben greift auch das Umweltministerium gerne auf das Know-how der ARGE-Vertreter zurück.



Anton Kasser: „Die ARGE ist eine der wenigen Organisationen, die binnen einer Stunde eine gemeinsame Meinung aller acht Bundesländer zu einem Thema zustande bringt.“



www.argeabfallverband.at

VOR 20 JAHREN: WAHLERFOLG FÜR DIE VOLKSPARTEI

Die Landtagswahl vom 22. März 1998 hatte für die Volkspartei mit einem Ergebnis geendet, „von dem in Zeiten wie diesen niemand mehr zu träumen wagte“, schrieb Herausgeber Walter Zimmer in der April-Ausgabe der NÖ Gemeinde. 44,87 Prozent der Wählerinnen und Wähler hatten ihre Stimme der VP gegeben (zum Vergleich: heuer waren es 49,63 Prozent).

Als Hauptgrund für den Erfolg sah Zimmer die Person von Landeshauptmann Erwin Pröll, als zweite Ursache die gelungene Mobilisierung, die dank der Gemeindevandatare der Volkspartei möglich gemacht worden sei. „Zum Unterschied von der letzten Landtagswahl und in deutlicher Unterscheidung von den kommunalen Mandataren der sozialdemokratischen Partei waren sie es, die sich diesmal

anstecken und begeistern haben lassen“, meinte Zimmer.

Die Vorstellung, dass die Volkspartei nach der Landtags- auch die Regierungsmehrheit verlieren könne, sei für die ÖVP-Mandatare „ein Horror“ gewesen, weil man dann bei allen Entscheidungen einen „absonderlichen Kuhhandel“ hätte eingehen müssen.

Folgende Bürgermeister zogen neu für die VP in den Landtag ein: der heutige Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, der heutige Landeschulratspräsident Johann Heuras, die mittlerweile verstorbene Bürgermeisterin von Maria Lanzendorf, Sissy Roth, und der damalige Bürgermeister von Kirchschatz, Karl Honeder. Neuer



Finanzlandesrat wurde der bisherige Bürgermeister von Waidhofen an der Ybbs, Wolfgang Sobotka.

In einem Fachbeitrag widmete sich der Landesgeschäftsführer des Gemeindevertreterverbandes, Roman Häußl, der Frage, ab welchem Zeitpunkt ein Bürgermeister Anspruch auf Amtsbezug hat. In seinen Ausführungen

kam er zu dem Schluss, dass nicht der Zeitpunkt der Angelobung, sondern der Moment, in dem der Mandatar die Wahl annimmt, entscheidend ist. Demnach besteht der Anspruch auf Amtsbezug des Bürgermeisters bereits mit dem Monatsersten, der auf die Annahme der Wahl folgt. ■

KURZMELDUNGEN AUS NIEDERÖSTERREICH

SEHEN, WO DEM ANDEREN DER SCHUH DRÜCKT

Amtswege sind nicht jedermanns Sache, müssen aber manchmal sein. Umso mehr ist eine erstklassige Ausbildung für die Mitarbeiter auf den Gemeindeämtern gefragt. „Gemeindeämter werden längst nicht mehr als ‚Ämter‘ im eigentlichen Sinn empfunden, sondern haben sich zu Dienstleistungszentren für die Bürger entwickelt“, meinte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Stadtamtsdirektoren in Niederösterreich, Leopold Ott, bei der 120. Arbeitstagung der ARGE, die Ende Februar im Landhaus

in St. Pölten abgehalten wurde. Christian Kandutsch, einer der wenigen zertifizierten Mimikresonanztrainer Österreichs, unter dem Titel „Ich sehe was du fühlst“ über das Erkennen mimischer Signale beim Gegenüber – ein Thema, das sowohl in Alltagsgesprächen als auch in schwierigen Verhandlungen sehr wertvoll sein kann. „Sehen, wo der Schuh drückt, hilft dabei, Probleme zu lösen und Herausforderungen gemeinsam zu meistern“, sagte Kandutsch.



Gerald Kienastberger (Bau- und Raumordnungsrecht), Landesrat Ludwig Schleritzko und die Vorsitzenden der ARGE Stadtamtsdirektoren, Leopold Ott und Alfons Klebl.

ENERGIEBERATER GESUCHT

Sie möchten helfen im Haushalt, den Energieverbrauch und die Energiekosten zu senken? Aber auch individuelle Tipps rund um die Energieeffizienz beim Bauen und Renovieren geben? Oder fachliche Inputs zu Dämmstoffen und Energieeinsparung beruflich nutzen? Dann haben Sie jetzt die Möglichkeit, Energieberaterin bzw. Energieberater zu werden. Die Ausbildung ist eine praxisorientierte Zusatzqualifikation, die sowohl im Beruf, als auch im Privaten sehr nützlich sein kann. Ab April bietet die NÖ Energie- und Umweltagentur Betriebs-GmbH in Zusammenarbeit mit „Die Umweltberatung“ Wien wieder neue Kurse an.

Anmeldung zum zweistufigen Kurs

 www.enu.at/energieberater-ausbildung



IMPRESSUM:

Herausgeber:

NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4

Mit der Herausgabe beauftragt:

Landesgeschäftsführer
Mag. Gerald Poysl

Medieninhaber: Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH., 1010, Wien,
Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0,
Fax: 01/532 23 88-22

www.kommunalverlag.at

Geschäftsführung:

Mag. Michael Zimper

Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl,
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Sotiria Peischl M.A.,
Prof. Dr. Franz Oswald,

Grafik: Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max

E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf: Tel.: 01/532 23 88-0

Sabine Brüggemann, E-Mail:

sabine.brueggemann@kommunal.at

Martin Mravlak, E-Mail:

martin.mravlak@kommunal.at

Martin Pichler, E-Mail:

martin.pichler@kommunal.at

Fotos: NÖ Landeskorrespondenz, Erwin
Wodicka (www.bilderbox.com),
www.shutterstock.com

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel

Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt

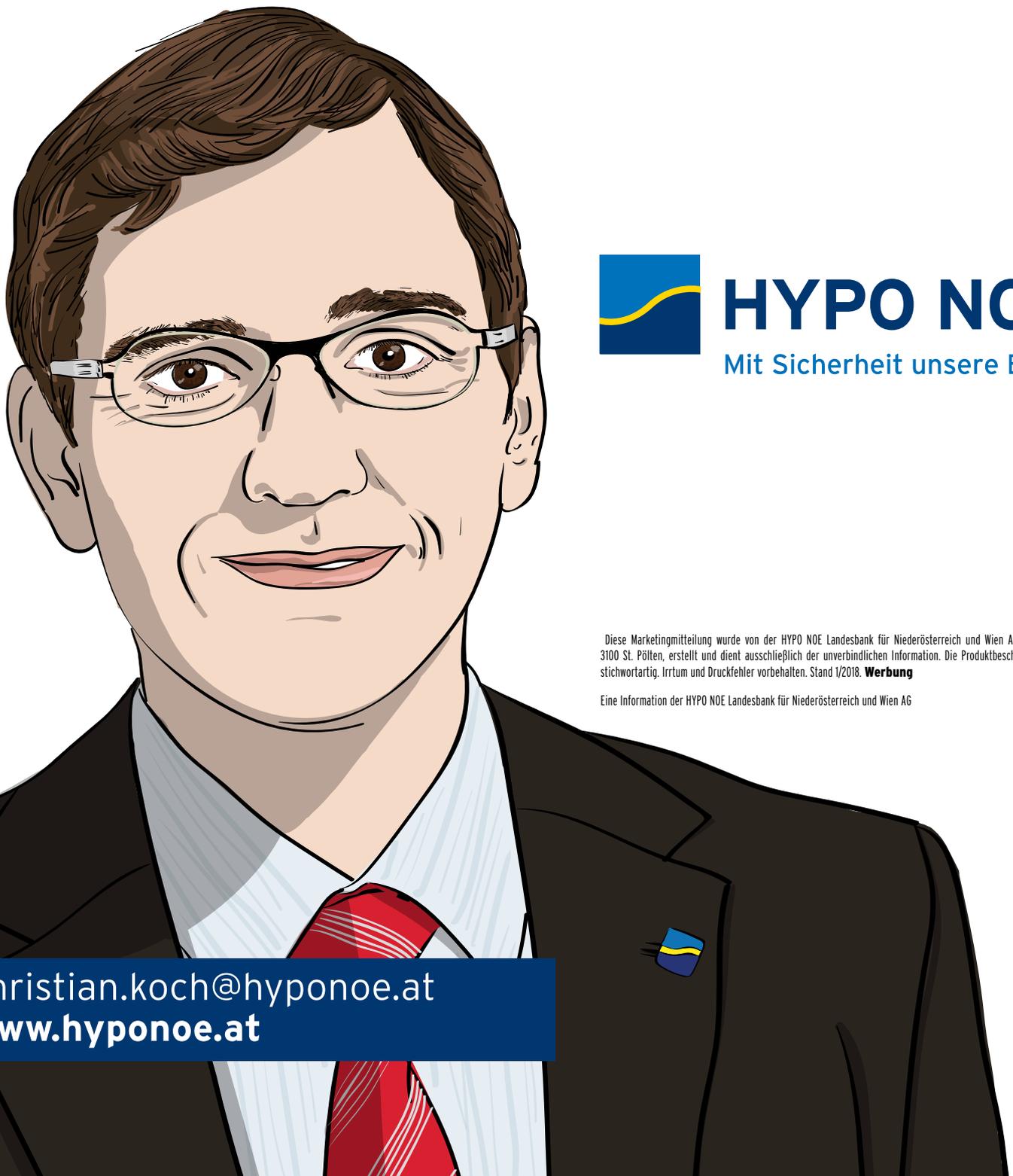
Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatarte und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebeamte). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Beamten der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.

Dr. Christian Koch, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

BESTE FINANZIELLE LÖSUNGEN FÜR IHRE GEMEINDE: ICH BIN FÜR SIE DA.



HYPO NOE

Mit Sicherheit unsere Bank.

Diese Marketingmitteilung wurde von der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, Hypogasse 1, 3100 St. Pölten, erstellt und dient ausschließlich der unverbindlichen Information. Die Produktbeschreibung erfolgt stichwortartig. Irrtum und Druckfehler vorbehalten. Stand 1/2018. **Werbung**

Eine Information der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG

christian.koch@hyponoe.at
www.hyponoe.at